

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Erich Thirringhaus, Berlin.
Telefon: Karl-Liebknecht-Platz 4/1200



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin O 20 01, Zoltz-Wilhelms-Platz 6
Telefon: Copalring

Die Veröffentlichung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Recherchen möglich. Abdruck ist nicht zu fordern.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Recherchen möglich. Abdruck ist nicht zu fordern.

Berlin, den 25. September 1931

Internationale
Soz. Geschichtsdenkmal
Amsterdam

Der Ministerbesuch.

SPD. Man kann schon deshalb den Besuch Lavals und Briands in Berlin als ein historisches Ereignis bezeichnen, weil es tatsächlich, seitdem das Deutsche Reich besteht, das erste Mal ist, dass ein Ministerpräsident und ein Außenminister Frankreichs in offizieller Eigenschaft die deutsche Hauptstadt besuchen. In den 44 Jahren zwischen dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und dem Weltkrieg konnten solche offiziellen Begegnungen zwischen Staatsmännern der beiden Nachbarländer weder in Berlin noch in Paris erfolgen, weil Frankreich grundsätzlich die moralische Sanktionierung des Frankfurter Friedens ablehnte und weil die öffentliche Meinung jeden derartigen Staatsbesuch als eine freiwillige Anerkennung des Verlustes von Elsass-Lothringen empfunden hätte. Nach dem Weltkriege war lange Zeit nicht daran zu denken, dass die leitenden Staatsmänner der beiden Republiken sich zur freundschaftlichen Aussprache über die schwebenden politischen und wirtschaftlichen Probleme gegenseitig besuchen.

Von nationalistischer Seite ist, schon in den Zeiten der Konferenz von Locarno, auf das "stolze" und "würdige" Beispiel der französischen Regierungen zwischen 1871 und 1914 hingewiesen worden. Wir dagegen meinen, dass diese "stolze" und "würdige" Haltung der Franzosen alles eher denn vorbildlich war und dass in dieser hartnäckigen Weigerung, den Frankfurter Frieden anzuerkennen, eine bewusste Förderung des Revanchegedankens lag und damit eine der wesentlichen Ursachen der Weltkatastrophe von 1914. Es ist das grosse Verdienst Stresemanns, dass er den Mut hatte, diesem französischen Vorkriegsbeispiel nicht zu folgen und durch den Abschluss des Rheinpaktes von Locarno zwar nicht den ganzen Versailler Vertrag, aber die Grenzverhältnisse im Westen freiwillig anzuerkennen. Ein weiterer Schritt auf diesem Wege war Stresemanns persönliches Erscheinen in Paris zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes im August 1928. Schliesslich sind im Juli dieses Jahres der Reichskanzler Brüning und der Reichsaussenminister Dr. Curtius noch einen Schritt weitergegangen, indem sie auf dem Wege zur Konferenz der Ministerpräsidenten in London über Paris fuhren und damit den ersten offiziellen deutsch-französischen Staatsbesuch ausführten. Gewiss war diese Reise nicht ganz freiwillig: sie erfolgte zweifellos unter einem gewissen diplomatischen Druck und in der Hoffnung, Frankreich von der Notwendigkeit zu überzeugen, Deutschland in seiner finanziellen Not zu helfen.

Diese Hoffnung ist damals unerfüllt geblieben, weil die französische Regierung ihre Hilfe von der Erfüllung politischer Zusagen abhängig machte, die die Reichsregierung aus innerpolitischen Gründen nicht machen zu können glaubte. Immerhin wurde damals die Grundlage für weitere Verhandlungen und insbesondere für einen offiziellen Gegenbesuch in Berlin geschaffen. Dieser Besuch erfolgt nun am Sonntag und am Montag. In den letzten Wochen sah man ihm nicht ohne Sorge entgegen. Man befürchtete, dass die Anhänger Hitlers, Hugenberg's und Seldtes die Ankunft und die Anwesenheit der französischen Minister zum Anlass nehmen könnten, nationalistische Krawalle zu inszenieren. Das wäre

für den Gedanken der deutsch-französischen Annäherung ein schwerer Schlag gewesen und für das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt verhängnisvoll. Die Gefahr lag umso näher, als noch vor kurzem die gesamte nationalistische Presse vom "Völkischen Beobachter" bis zur "Deutschen Allgemeinen Zeitung", also gewissermassen von Hitler bis Dingeldey, heftig gegen den Gedanken eines freundschaftlichen Empfanges der beiden französischen Minister Einspruch erhob. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion ging so weit, die sofortige Einberufung des Reichstages zu verlangen, um durch den vorherigen Sturz des Reichsaussenministers Curtius den Ministerbesuch aus Paris auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

Indessen ist in den letzten Tagen offensichtlich von der Reichsregierung auf die Rechtsparteien ein sehr starker Druck ausgeübt worden, damit sie feindliche Demonstrationen unterlassen. Anscheinend ist ihnen klagemacht worden, dass sie sich auf Jahre hinaus regierungsunfähig machen würden, wenn sie einen solchen nationalen und internationalen Skandal auf dem Gewissen hätten. Und da nicht nur Hugenberg, sondern offenbar auch Hitler nichts sehnlicheres wünscht als an die Macht zu kommen, scheinen sie bindende Versprechungen der gewünschten Art gegeben zu haben. Erst am Freitag hat Hitler seinen berliner Anhängern durch den "Völkischen Beobachter" den strikten Befehl erteilen lassen, sich jeder feindseligen Kundgebung zu enthalten. Er droht sogar jedem SA-Mann mit sofortigem Ausschluss, der auf eigene Faust randalieren würde. Damit dürfte die Gefahr unliebsamer Zwischenfälle im wesentlichen gebannt sein und die Berliner Polizei die umfassende Sicherheitsmassnahmen getroffen hat, dürfte es kaum nötig haben, in Aktion zu treten.

Diese Wandlung in der Haltung des Rechtsradikalen ist umso bemerkenswerter als anscheinend auch noch andere Gründe dabei eine Rolle spielen. Gestern noch veröffentlichte die Pariser Zeitung "Oeuvre" Äusserungen des volksparteilichen Führers Dr. Dingeldey, der versicherte, dass selbst Hitler, wenn er an die Macht käme, nicht daran denke, den Locarnovertrag zu verleugnen. Er rügte hinzu, dass die deutsch-französische Verständigung notwendig sei, allerdings nur auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung, dass sie aber nur möglich sei mit den nationalistischen Kreisen beider Länder. Da nun Dingeldey in letzter Zeit wiederholt mit Hitler verhandelt hat und da er offenkundig bestrebt ist, eine Rechtsregierung einschliesslich der Nationalsozialisten zustande zu bringen, darf man diese Erklärungen nicht leicht nehmen, sondern man muss versuchen, ihren Gründen nachzugehen.

Es scheint nämlich, dass die reaktionären und nationalistischen Kreise der Schwerindustrie und des Finanzkapitals in beiden Ländern an die Berliner Besprechungen bestimmte Hoffnungen knüpfen. Unter der rührigen Leitung des neuen französischen Botschafters Francois-Poncet, der selbst der französischen Schwerindustrie nahesteht, sind konkrete Pläne wirtschaftlicher Natur für eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ausgearbeitet worden. Man denkt an die Schaffung neuer und an den Ausbau bereits bestehender Industriekartelle, an finanzielle Kooperation, an die Heranziehung der deutschen Industrie bei der wirtschaftlichen Entwicklung der französischen Kolonien und dergleichen mehr. Die deutschen Grosskapitalisten, die um den Bestand ihrer Machtstellung und sogar um die Existenz der heutigen Gesellschaftsordnung ernsthaft besorgt sind, sehen in solchen Plänen unter Umständen eine Rettung. Schon deshalb sind sie daran interessiert, dass der französische Besuch nicht durch nationalistische Krawalle Schiffbruch erleide.

Wir Sozialdemokraten wissen die französischen Minister in Berlin herzlich willkommen. Wir halten die geplanten vereinbarungen für einen notwendigen Fortschritt, vorausgesetzt allerdings, dass die Staaten und nicht die Trustkapitalisten die Oberhand dabei behalten. Wir betrachten zugleich eine finanzielle Hilfe durch das kapitalistische Frankreich für unerlässlich, aber wir würden uns entschieden dagegen wehren, dass etwa die deutsche Sozialgesetzgebung auf Befehl des internationalen Finanzkapitals verschlechtert würde. Wenn die deutsch-französische Annäherung von Dauer sein soll, dann muss sie von den Völkern getragen werden und nicht von den Hüttenbaronen und Grossbankdirektoren.

SPD. Zwickau, 25. September (Eig. Drahtb.)

Der Chefredakteur des "Sächsischen Volksblattes" in Zwickau, Reichstagsabgeordneter Max Seydewitz, ist am Freitag von der Geschäftsleitung und der Pressekommission bis zur Klärung der zwischen Seydewitz und der Partei bestehenden Differenzen von seinem Amte entbunden worden.

Im "Sächsischen Volksblatt" veröffentlicht der zweite Vorsitzende des Bezirks Zwickau-Plauen, Kurt Müller, einen Aufruf an die Mitglieder der Partei, in dem er darauf hinweist, dass er Seydewitz nicht schützen könne, wenn er sich mit seinen organisatorischen Sonderbestrebungen und Gründungen auf die Bahn der Parteispaltung treiben lässt. Der Aufruf fordert die Mitgliedschaft auf, die bereits zutage getretenen Spaltungserscheinungen mit allen Mitteln zurückzuweisen und unter allen Umständen der Partei die Treue zu halten. Das "Sächsische Volksblatt" verweist in diesem Zusammenhang auf die wiederholte Äusserung des verstorbenen Abgeordneten des Bezirks Paul Levi, der gesagt hat: "Mein Bedarf an Spaltungen ist gedeckt". Im Leitartikel des "Sächsischen Volksblattes" vom Freitag wird erklärt, dass niemand im Zwickauer Bezirk daran denke, Seydewitz zu folgen, wenn er sich durch die Weigerung, sich dem Beschluss des Parteiausschusses zu rügen, von der Partei trenne.

Seydewitz selbst gibt eine Erklärung ab, in der er sagt, dass er sich dem Beschluss des Parteiausschusses nicht rügen werde, wenn dieser Beschluss das Verbot der "Fackel" und der "Freien Verlagsgesellschaft" bedeutet. Sonderorganisatorische Bestrebungen habe er nie mit der Herausgabe der "Fackel" verbunden. Wenn es ihm unmöglich gemacht würde, innerhalb der Partei weiter zu wirken, so werde er an anderer Stelle im Sinne seiner politischen Auffassungen weiter wirken.

SPD. Paris, 25. September (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hat den Ministerrat am Freitag von der Einladung des Präsidenten Hoover zu einem Besuch in Washington unterrichtet. Der Ministerrat hat einstimmig die Bedeutung dieser Einladung anerkannt, der der Ministerpräsident Folge leisten wird. Die Abreise nach Amerika dürfte Mitte Oktober erfolgen.

Laval und Briand haben ferner über die bevorstehende Berliner Reise und die verschiedenen Fragen, die im Laufe der Besprechungen mit den deutschen Ministern behandelt werden, berichtet. Die angekündigte Erklärung über die Berliner Reise wird der Ministerpräsident am Sonnabend abgeben.

Der "Temps" schreibt am Freitag zu dem Berliner Besuch, es wäre ein Irrtum, von den Berliner Besprechungen eine Art politisches Wunder zu erwarten und zu glauben, dass ihre Ergebnisse das Aussehen Europas mit einem Schlag ändern und die Lösung aller Probleme erleichtern werden. Aber es wäre ein nicht geringerer Irrtum, anzunehmen, dass die Reise einen reinen Höflichkeitsbesuch darstelle. Es gebe zwar Fragen, die die Deutschen aufgrund der von ihrer Regierung offiziell eingenommenen Haltung nur schwer erörtern könnten, aber auf dem Gebiet der praktischen Zusammenarbeit und der täglichen Arbeit für die berechtigten Interessen jedes einzelnen Landes liesse sich vielleicht etwas machen. Wenn Franzosen und Deutsche dann dazu kämen, gewisse Probleme gemeinsam zu diskutieren und ihre Bemühungen zu vereinen, dann wäre ein Anfang der Interessengemeinschaft und eine Atmosphäre geschaffen, die die Anpassung der Politik der beiden Länder an die Forderungen der Zukunft erleichtern würde.

SPD. Im Preussischen Landtag hat die Fraktion der Deutschen Staatspartei folgenden Antrag eingebracht :

"Die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preussischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden preussischen Königshauses ist im Jahre

1926 im Preussischen Landtag; beschlossen worden. Bei dieser Regelung wurden dem ehemaligen Königshause neben einer Barentschädigung von 15 Millionen Mark viele Schlösser, Villen, Parks und rund 400 000 Morgen landwirtschaftlichen Besitzes übereignet, während gleichzeitig der Preussische Staat die ihn auf Jahrzehnte finanziell schwer belastende Versorgung der Hofbeamten, Hofkammerbeamten, ihre Pensionäre und Hinterbliebenen übernahm. Diese Auseinandersetzung ist damals, ebenso wie andere gesetzgeberische Akte, z.B. das Beamtenbesoldungsgesetz von 1927, in der Annahme erfolgt, dass sie den finanziellen Möglichkeiten des Preussischen Staates entspräche. Nachdem sich herausgestellt hat, dass die optimistische Auffassung jener Jahre falsch war und in Konsequenz dieser Klärung andere gesetzgeberische Massnahmen geändert wurden, muss verlar werden, dass die Auseinandersetzung von 1926 für ungültig erklärt wird und unter anderen Gesichtspunkten neu erfolgt. Ebenso verhält es sich mit den Abfindungen der preussischen Standesherrn. Die aus den Ersparnissen freiwerdenden Mittel sind der Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Der Landtag wolle beschliessen: Das Staatsministerium wird ersucht, unverzüglich die geeigneten Schritte zu tun, um diese Vermögensauseinandersetzungen einer Revision zu unterziehen."

SPD. Paris, 25. September (Eig. Drhtb)

Das englische Pfund ist am Freitag an der Pariser Börse weiter erheblich gefallen. Am Donnerstag wurde es zuletzt mit 98 $\frac{1}{2}$ gehandelt, am Freitag gab es bis auf 88 $\frac{1}{4}$ nach. Der Dollar und die Lira konnten sich behaupten, während die schwedische Krone, die in den letzten Tagen sehr schwach war, sich erheblich befestigen konnte. Die Tendenz an der Effektenbörse war nach den letzten drei Haussetagen ausgesprochen schwach. Drei grosse französische Unternehmungen sollen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sein.

SPD. Braunschweig, 25. Sept. (Eig. Dr.)

Am 3. Oktober soll in Braunschweig der Berliner Polizeipräsident Grzesinsk in einer öffentlichen Reichsbannerkundgebung sprechen. Die Gauleitung des Reichsbanners hat zu diesem Zweck um die Genehmigung eines Aufmarsches des gesamten Reichsbanners gebeten. Der waziminister Klagges hat auch diesen Aufmarsch verboten, trotzdem fast täglich SA-Kundgebungen auf den Strassen Braunschweigs stattfinden dürfen. Klagges scheint an das Polizeipräsidium Braunschweig eine generelle Anweisung gegeben zu haben, dass alle Kundgebungen der Linksparteien ohne weiteres zu verbieten sind, während alle Kundgebungen der SA und des Stahlhelms stattfinden dürfen. Dem Reichsbanner ist jetzt die dritte Kundgebung untersagt worden.

SPD. Amsterdam, 25. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die Amsterdamer Börse unterlag am Freitag infolge der schnellen Entwertung des englischen Pfundes wieder einer sehr nervösen Stimmung. Auch die niederländischen Obligationen und Staatspapiere wurden stark angeboten, während zunehmende Nachfrage nach Industriepapieren in einer unbedeutlichen Kurssteigerung ihren Ausdruck fand. Die deutsche Mark, deren Kurs mit 55,75 gegenüber normal 59,27 am Donnerstag einen Tiefpunkt erreicht hatte, erholte sich am Freitag wieder auf 56,25. Das englische Pfund verlor abermals und wurde mit 8,80 notiert, sodass es bereits 3,30 Gulden gegenüber dem normalen Stand eingebüsst hat. Gegen Schluss der Börse wurde die Stimmung ruhiger.

SPD. Boitzenburg, 25. Sept. (Eig. Dr.)

Die Boitzenburger Stadtverordnetenversammlung beschloss mit 8 gegen 7 Stimmen, die Wahl des kommunistischen Bürgermeisters Dr. Alexander für ungültig zu erklären, weil eine Ortssatzung nicht rechtzeitig genehmigt sei. Die mecklenburgische Regierung hatte schon vor einiger Zeit eine Notverordnung erlassen, nach der der kommunistische Bürgermeister erst am 1. April 1932 sein Amt antreten sollte. Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wird wahrscheinlich eine Neuwahl erfolgen.

SPD. Genf, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die mit grosser Spannung erwartete Freitag-Nachmittagsitzung des Völkerbundesrates begann mit der Erledigung von Finanzberichten. Die Unterstützung des österreichischen Anleihegesuches durch das Finanzkomitee erhielt ihre Zustimmung mit besonderen Glückwünschen von Italien, Frankreich, England, Deutschland, Polen und Jugoslawien an den Kanzler Buresch und seine Regierung. Durch die angenommene Entschliessung zur Hilfe für Ungarn wird das Finanzkomitee ermächtigt, die nötigen Massnahmen zur Prüfung und Besserung der ungarischen Finanzlage zu treffen und einen Bericht darüber vor der nächsten Rats-tagung zu veröffentlichen. Der Ratspräsident Lerroix erinnerte an Chinas und Japans Antwort. Der Rat danke dafür und unterstreiche die in der japanischen Antwort erhaltene Besserung der Situation durch Zurückziehung des grössten Teils der Truppen in die Eisenbahnzone.

Yoshizawa liess Japans Antwort auf den Appell des Völkerbundes, den mandchurischen Konflikt beizulegen, ausdrücklich nochmals vorlesen, "in Anbetracht der Wichtigkeit". Der Rat hörte also nochmals offiziell die Zurückweisung seiner Einmischung und die Aufrechterhaltung der noch bestehenden Besetzung, solange es Japans Sicherheit erfordere. Ausserdem liess Lerroix auch die japanische Darstellung des Konfliktes, die bereits verteilt war, noch einmal vorlesen. Danach hätten Chinesen die Bahnlinie angegriffen und eine japanische Station überfallen. Die Lage sei kritisch geworden, weil damals an der ganzen Bahnlinie nur 10 400 japanische Soldaten 220 000 chinesischen gegenübergestanden hätten. Die chinesischen Soldaten der benachbarten Garnisonen seien entwaffnet und die lokalen Behörden unter Aufsicht der japanischen Truppen gestellt worden. Danach seien die japanischen Truppen zum grössten Teil innerhalb der Eisenbahnzone konzentriert worden. Einige Detachements seien in Mukde und Kirin und anderen Orten belassen worden, doch existiere nirgendwo der Zustand einer militärischen Besetzung. Die Kabinettsitzung vom 19. September habe dem Kommandeur befohlen, jede Zuspitzung des Konflikts zu vermeiden. Auch mit der koreanischen Brigade von 4 000 Mann, die nach der Mandchurei gezogen worden sei, entspreche die Zahl der dortigen Truppen noch nicht den Ziffern der Verträge mit China. Japan habe keine territorialen Eroberungsabsichten auf die Mandchurei und werde nur seine Landsleute in ihrer friedlichen Arbeit schützen. Die Regierung sei weiterhin bereit, mit China zusammenzuarbeiten und einen Plan aufzustellen, der für immer die Ursachen weiterer Konflikte ausschliessen könne.

Darauf protestierte Yoshizawa gegen die Uebertreibungen gegen japanische Truppen, die nach und nach zurückgezogen würden, sobald es die Umstände erlaubten. Nirgendwo seien Marinetruppen gelandet worden. Der Konflikt könne nur durch direkte Verhandlungen gelöst werden. Die Besserung der Lage erlaube eine Beurteilung in grösserer Ruhe. Die Truppenzurückziehung ginge sogar über die Wünsche des Rates hinaus. In Mukden und Kirin seien nur noch Beobachtungsposten. Ein chinesischer Minister habe direkte Verhandlungen angeboten, die Japan angenommen habe. Dieser Vorschlag sei später zurückgezogen worden, weil die Ereignisse sich geändert hätten. Nun könnten aber die direkten Verhandlungen wiederaufgenommen werden. Er habe sich nicht mit den Massnahmen des Rates zu befassen, deren Methoden könnten nach den Umständen wechseln. Aber vor allem

müsse der Wille der Parteien geachtet werden. Wenn diese oder eine von ihnen ihre Absicht über die Wahl der Prozedur ausgesprochen habe, sei es die Pflicht des Rates deren Ansichten zu respektieren und den Parteien die nötige Zeit zu belassen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Im vorliegenden Falle würde der Rat nach seinem ganzen Charakter einen Akt der Klugheit begehen, wenn er eine verfrühte Einmischung vermeide, die vielleicht Gefahr laufe, eine Situation zu verschlimmern, die sich schon auf gutem Wege zur Besserung befinde. Seine Regierung sei bereit, sofort in Verhandlungen zu einer wirklichen Lösung des Zwischenfalles mit der chinesischen Regierung einzutreten.

Sze wiederholte, dass China vertrauensvoll die Entscheidung in die Hände des Rates gelegt und daher Weisung gegeben habe, keinen Widerstand zu leisten. Daher habe jetzt Japan so grosse Gebiete besetzt. China garantiere die Sicherheit der Japaner, wenn ihre Truppen zurückgezogen würden. Der Rat habe geäußert, dass seine Schritte nur vorläufig seien. Er müsse nun durch sofortige Massnahmen die Herstellung des status quo herbeiführen. China glaube, das könne garantiert werden durch die Entsendung einer neutralen Kommission. Wenn sich Japan weiter diesen Notwendigkeiten widersetze, so verletze es seine Verpflichtung aus Artikel 15 des Völkerbunds Paktes. Werde dieser Artikel angewandt, so habe der Rat nach festen Bestimmungen zu handeln. Japans Vertreter habe die beträchtliche Besetzung zugegeben, auch von Gebieten, die nicht unter seine Verträge mit China entfielen. Wenn Japan alles bestreite und alle Nachrichten sperre, so sei das der wichtigste Grund zur Entsendung einer neutralen Kommission.

Sze wandte sich dann dem Vorschlag direkter Verhandlungen zu. Die private Unterhaltung zwischen einem chinesischen Minister und dem japanischen Gesandten über Verhandlungen habe am 19. September stattgefunden, als man noch einen lokalen Zwischenfall vermutete. Als sich die chinesische Regierung von dem kriegsähnlichen Einfall überzeugt hätte, habe sie auf die Mitteilung Japans, es nehme die Entsendung einer chinesisch-japanischen Kommission an, geantwortet, jede Verhandlung sei jetzt völlig ausgeschlossen.

Zur allgemeinen Überraschung erklärte plötzlich Lord Cecil, dass der Rat aufgrund des Artikels 11 angerufen worden sei. Er könne daher die Erwähnung des Artikels 15 nicht verstehen, der nur in spezieller Prozedur angewandt werden könne. Der Rat habe nur die Erhaltung des Friedens im gegenwärtigen Zustand der Sache zu verhandeln. Nur dann könne die Regelung erfolgen. Diese Regelung des Zwischenfalls aber sei Sache der Parteien und er müsse sich darin völlig der Anschauung des japanischen Vertreters anschliessen, es sei denn, dass andere Verpflichtungen der Schiedsgerichtsbarkeit in Betracht kämen. Daher hätte der Rat die ersten Schritte getan. Noch vor ihnen seien die japanischen Truppen teilweise zurückgezogen worden und befänden sich jetzt dauernd im Zustand weiterer Zurücknahme. Das sei auch von Chinas Vertreter nicht bestritten worden. Der Rat wünsche die baldige völlige Zurückziehung der Truppen zur Erhaltung des Friedens von beiden Seiten. Habe der Rat Zweifel an dieser Tatsache, so müsse er weiter sehen, welche Schritte er unternehmen wolle. Aber bis hierin habe der Rat seine Aufgabe der Erhaltung des Friedens voll und ganz erfüllt.

Ratspräsident Lerroux verlas abschliessend eine Erklärung, wonach die Zurückziehung der Truppen begrüsst wird. An Japan wird der Appell gerichtet, sobald als möglich alle Truppen zurückzuziehen, an China, die Sicherheit der Japaner zu garantieren. Der Rat wünsche laufend unterrichtet zu sein über die Massnahmen beider Parteien und vertage die Aussprache über diese Frage bis zu neuen Mitteilungen.

+ + +

Diese Entscheidung des Völkerbundsrates wird trotz der sehr anfechtbaren Auslegung des Artikels 11 durch Lord Cecil in der öffentlichen Meinung aller Völker als ein Rückzug des Völkerbundes vor der entschlossenen Haltung des Japaners angesehen werden. Eine Grossmacht hält nach eigenem Eingeständnis

widerrechtliche Gebiete einer schwächeren Macht besetzt und erklärt, ihre Truppen erst zurückzuziehen wenn sie es für richtig halte. Der Völkerbund aber erklärt seinerseits, der Friede sei nun erhalten und zwingt damit China, das sich vertrauensvoll seiner Entscheidung unterworfen hatte, die Besetzung seines Gebietes als Friedenszustand anzuerkennen. Ausserdem überlässt er China der Vergewaltigung durch Japan und dem Zwang, unter japanischen Bajonetten mit Japanern zu verhandeln. Darin liegt geradezu eine Aufforderung an schwächere Völker, sich bewaffnet zur Wehr zu setzen bei ähnlichen Ueberfällen, damit Artikel 15 des Völkerbundspaktes zur Anwendung gelangen kann, da sie sonst von Völkerbund ohne Schutz ihrer Interessen gelassen werden.

SPD. Das englische Pfund hat auch am Freitag seine Rückzugsbewegung fortgesetzt. Die Deutsche Reichsbank notierte das Pfund am Freitag mit 15,25 Mark. Ueber die Entwicklung am Pfundmarkt unterrichtet folgende Aufstellung:

18. September	1 Pfund	=	20,40	Mark
21. "	1 "	=	19,18	"
22. "	1 "	=	17,98	"
23. "	1 "	=	17,58	"
24. "	1 "	=	16,70	"
25. "	1 "	=	15,25	"

Es handelt sich vorstehend immer um Geldkurse. Das Pfund hat sich also in einer Woche um mehr als 25 Prozent entwertet. Schon daraus werden die verheerenden Erschütterungen klar, die von den englischen Ereignissen ausgehen. Sie bedeuten im Grunde genommen eine Lösung der Kapitalspannungen, die aber im Zeichen der Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft äusserst teuer erkauft werden. Die Lage auf den Exportmärkten hat sich jedenfalls im Handumdrehen geändert. Man muss sich darüber klar sein, dass davon gerade der deutsche Export betroffen wird. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei an die bestrittenen Kohlengebiete erinnert. Es liegen Meldungen vor, nach denen gerade der englische Kohlenexport zahlreiche Neuaufträge buchen kann. Die deutsche Konkurrenz gegen die englische Kohle ist masslos erschwert. Auf vielen anderen Gebieten wird es nicht anders sein.

SPD. Breslau, 25. September (Eig. Drahtb.)
Schlesien ist von einer neuen schweren Hochwassergefahr bedroht. Die aussergewöhnlich grossen Niederschläge der letzten Tage haben sämtlichen Flussläufen in beiden schlesischen Provinzen so ungeheure Wassermengen zugeführt, dass mit einer starken Hochwasserwelle gerechnet werden muss. Der grösste Wasserandrang macht sich im Quellgebiet der oberen Oder und der Neisse bemerkbar. In Ratibor zeigte der Pegel am Freitag nachmittag 5 Uhr einen Wasserstand von 6,50 m. Die Niederungen um Ratibor sowie die Ueberschwemmungsgebiete unterhalb von Ratibor stehen bereits unter Wasser. In Breslau wird der Scheitel der Hochwasserwelle voraussichtlich am Montag nachmittag eintreffen. Dammbüche sind noch nicht erfolgt und werden nach Auffassung der staatlichen Oderstrombauverwaltung kaum zu erwarten sein, obwohl das diesjährige Hochwasser im Mittellauf der Oder, etwa von Brief bis Frankfurt a.O., nur geringfügig hinter der katastrophalen Flut im November 1930 zurückbleiben dürfte. Nach den bisherigen Berechnungen wird der Unterschied etwa 40 bis 50 cm betragen.

SPD. Der Reichskanzler empfing den Reichsaussenminister Dr. Curtius am Freitag zu einer längeren Besprechung. Die Aussprache soll am Dienstag nach dem französischen Ministerbesuch fortgesetzt werden, sodass mit dem Rücktritt von Dr. Curtius nicht vor Mitte nächster Woche zu rechnen ist.

SPD. Detmold, 25. September (Eig. Dr.)

In dem Beleidigungsprozess Hugenberg gegen den Redakteur des sozialdemokratischen "Detmolder Volksblattes" Fechenbach, bei dem es sich um Äusserungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun und des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg in Bielefelder Versammlungen handelte, wurde der Beklagte am Freitag wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wird in der Ueberschrift eines Artikels erblickt, der lautet: "Braun fährt Hugenberg über das Lügenmaul", und in dem Behauptungen Hugenbergs zurückgewiesen wurden.

In der Begründung des Urteils wird gesagt, ob Braun tatsächlich die Äusserung vom 50fachen Millinär Hugenberg getan habe oder nicht, könne für die Frage ob die Ueberschrift des Artikels eine Beleidigung darstelle oder nicht, gleichgültig sein. Die Tatsache der Aussage von Zeugen, die bekunden, die Äusserung gehört zu haben, könne aber nicht aus der Welt geschafft werden, trotzdem könnte auch Herr Schreck von dem 50fachen Millionär gesprochen haben. Hugenberg habe jedenfalls im besten Glauben seine Behauptung aufgestellt. Er könne also unmöglich wissentlich die Unwahrheit gesagt haben. Auch die Äusserung Hugenbergs, der Marxismus sei schuld an der Arbeitslosigkeit, könne die Behauptung der Lügenhaftigkeit nicht rechtfertigen. Ob der Marxismus oder der Kapitalismus die Arbeitslosigkeit verschuldet hat, könne vom Gericht nicht entschieden werden. Auch wenn der Kapitalismus schuld hat, habe Hugenberg doch nur seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Für Äusserungen seiner Presse sei er nicht verantwortlich, wenn sie nicht auf seine ausdrückliche Weisung erfolgt seien. Der Beweis, dass Hugenberg sich in mehrfacher Beziehung als Lügenmaul gezeigt habe, sei nicht erbracht.

SPD. Breslau, 25. September (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende des Ortsvereins Breslau der Sozialdemokratischen Partei, Rechtsanwalt Dr. Ernst Eckstein hat einem Vertreter der dem rechten Flügel des Zentrums nahestehenden "Schlesischen Provinzkorrespondenz" auf Befragen erklärt dass die Gerüchte über eine Sezession des Unterbezirks Breslau aus der SPD völlig aus der Luft gegriffen seien. Der Breslauer Ortsverein billige zwar nicht den Beschluss des Parteausschusses der SPD vom 22. September, doch könne von einer Abwanderung der Breslauer Parteimitglieder nicht die Rede sein.

SPD. Tokio, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die japanische Regierung hat der Presse ein Kommuniqué übergeben, in dem dargelegt wird, dass Japan nicht die Absicht habe, die Mandschurei militärisch zu besetzen, sondern dass es nur den Schutz der japanischen Unternehmungen und Kapitalien sichern wolle. Da das Leben und das Eigentum der japanischen Staatsbürger gefährdet sei, habe es die japanische Armee für richtig gehalten schnell zu handeln. Sie hätte die wichtigsten Punkte besetzt und die Chinesen entwaffnet. In Kirin und Mukden seien einige kleinere militärische Abteilungen zurückgelassen worden, während die Armee wieder in die Zone der südmandschurischen Eisenbahn zurückgekehrt sei. Die Entsendung von 1000 Mann Verstärkungstruppen aus Korea sei notwendig gewesen und überschreite nicht die durch Verträge festgelegten Grenzen. Die Regierung dementiert schliesslich, dass ihre Truppen bis

nördlich von Schangschun vorgedrungen seien und spricht den Wunsch aus, dass eine schnelle Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten und die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und Japan bald zustande komme.

Das japanische Aussenministerium hat den Wortlaut des amerikanischen Memorandums an Japan bekanntgegeben. Darin heisst es, dass die Entwicklung der militärischen Operationen der japanischen Regierung eine ernste Verantwortung zuzuschreiben scheine. Amerika habe nicht den Wunsch, sich in die japanischen Angelegenheiten einzumischen. Die amerikanische Demarche sei also nicht als Protest zu werten. Amerika bittet Japan schliesslich, die gegenwärtige Lage nicht dazu auszunutzen Sonderinteressen zu begünstigen und empfiehlt eine schnelle Regelung des Konfliktes.

SPD. Karlsruhe, 25. September (Eig. Dr.)

In der Freitag-Sitzung des Badischen Landtags gab Finanzminister Dr. Mattes eine Erklärung ab, in der es heisst, dass in Baden die Finanznot ihre Ursache vor allem in der katastrophalen Lage der Forstwirtschaft habe. In keinem anderen deutschen Land sei das Schicksal des Staates und der Bevölkerung in so starkem Ausmass mit dem Wald verbunden wie in Baden. Deshalb bedeute die jetzige Lage der deutschen Forst- und Holzwirtschaft für Baden die grösste Gefahr. Der Fehlbetrag belaufe sich trotz der letzten Notverordnung auf 8 bis 10 Millionen Mark. Nach den Ausführungen der Sparvorschläge des Spargutachtens auf 7 Millionen.

Inbezug auf die Reichsreform bemerkte der Minister, nötig sei die Schaffung leistungsfähiger Länder durch Zusammenlegung kleinerer Länder ohne Rücksicht auf die historischen Grenzen, aufgrund der wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse und Entwicklungstendenzen der Gegenwart. Es solle ein grosser westdeutscher Oberrheinstaat geschaffen werden. Scharf wandte sich Dr. Mattes gegen die Reichsfinanzpolitik. Diese habe sich immer mehr zu einer Diktatur über die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden ausgewachsen. Wenn Reichsfinanzminister Dietrich den Ländern nur einen Teil dessen gegeben hätte, was er in die schwach gewordenen Berliner Grossbanken hineingesteckt habe, dann hätten die Gehälter der Beamten in Baden nicht noch weiter gekürzt werden brauchen. Wenn auch nur ein kleiner Teil der Ersparnisse durch den Hoover-Plan den Ländern gegeben würde, dann könnte ein nicht unwesentlicher Teil der Notmassnahmen der Länder unterbleiben. Es bleibe nur der Weg der Selbsthilfe.

Der Minister kündigte schliesslich neue Notmassnahmen an. Eine weitere Gehaltskürzung soll jedoch vermieden werden.

SPD. London, 25. September (Eig. Drahtb.)

Der Premierminister ist am Freitag von seinem kurzen Erholungsurlaub nach London zurückgekehrt. Er hielt zunächst einen Kabinettsrat ab und hatte dann Besprechungen mit Vertretern der bürgerlichen Parteien. Im Anschluss daran fand eine Beratung mit Baldwin und Sir Herbert Samuel statt. MacDonald hatte ferner eine Unterredung mit Sir Josias Stamp von der Bank von England und dem Prinzen von Wales, der gewissermassen den auf dem Land weilenden König vertritt.

Gegenstand dieser Beratungen war offenbar ausser der Entwicklung des Pfundkurses die Frage der Neuwahlen. Eine Entscheidung ist bisher nicht gefallen. Man hat vielmehr den Eindruck, dass der Premierminister selbst noch zu keinem endgültigen Beschluss gekommen ist. Trotzdem rechnet man damit, dass die Wahl Ende des nächsten Monats stattfinden wird, und dass angesichts der der Pfundentwicklung schädlichen Ungewissheit und Unruhe eine Entscheidung in allernächster Zeit bekanntgegeben werden muss. Die Konservativen wollen unter allen Umständen neu wählen.

SPD. London, 25. September (Eig. Dr.)

In dem nordindischen Fürstentum Kaschmir wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten 19 Personen getötet und 90 verletzt. Der Vorfall ereignete sich in Anantuag, 50 km von der Landeshauptstadt Srinagar entfernt.

SPD. London, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die Anpassung der Aktienkurse auf der Londoner Börse an den veränderten Pfundwert geht von Tag zu Tag mehr in Spekulation über. Die Besitzer festverzinslicher Werte steigen in Aktien um, sodass der Abstand zwischen den im Kurse anziehenden Aktien und den sinkenden festverzinslichen Werten immer grösser wird. Das sind Inflationserscheinungen, obwohl man von Inflation in England im Sinne einer Aufblähung des inneren Kredits bisher nicht sprechen kann. Die Bank von England wird im Gegenteil - damit rechnet man wenigstens in der City - den Diskontsatz, der seit der Aufgabe des Goldstandards 6 Prozent beträgt, noch weiter erhöhen, um einer Ausdehnung des Geldumlaufs vorzubeugen, welche durch die Belebung des Exports und der inneren Wirtschaft infolge des sinkenden Pfundkurses bestimmt eintreten könnte. Um die Spekulation zu bekämpfen ist das Termingeschäft, die übliche Handelsmethode an der Londoner Börse, ab Montag verboten. Es dürfen nur noch Kassageschäfte stattfinden.

Das Pfund erholte sich am Freitag in den Nachmittagsstunden infolge von Käufen von Paris und New York. Diese Stützungskäufe werden in der City damit erklärt, dass man die Sterling-Besitzer an den dortigen Plätzen mit Rücksicht auf die bereits gespannte Lage vor weiteren Verlusten schützen will. Die Schlusskurse lagen wieder niedriger, Berlin 16, Paris 96, New York 3,78½.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Jeder seine eigene Partei!

SPD. Die bürgerliche und die kommunistische Presse stimmen Jubelhymnen an. Was von aussen niemals gelungen wäre, das soll jetzt von innen heraus durchgeführt werden: Die Zerschlagung der Partei der Arbeiterklasse, der deutschen Sozialdemokratie. Aber die Herrschten frohlocken zu früh. Das deutsche Proletariat in seiner gewaltigen Mehrzahl will nichts von neuer Zersplitterung und Spaltung wissen. Und sollten jetzt auch einige an der Peripherie der Partei stehende Mitglieder den Weg ins Nichts antreten, ihre Gefolgschaft würde nur klein bleiben. Und erst recht gilt es jetzt für die Sozialdemokratische Partei und der Parole zu werben: "Wo bleibt der zweite Mann?".

+ + +
Wanderer ins Nichts! Das ist das Schicksal aller Eingänger, denen der persönliche Ehrgeiz höher stand als der Wille der Arbeiterklasse zur Einheit und Bewegung. Das zeigt nichts besser als eine unvollständige Liste jener Sekten, die in den Niederungen der Arbeiterbewegung ihr Wesen treiben:

USP (Theodor Liebknecht),
Sozialistischer Bund (Ledebour),
Linkssozialistische Arbeitsgemeinschaft (Friedensgesellschaft),
Internationaler sozialistischer Kampfbund (Nelson),
Arbeiteropposition in der S.P.D. (Kommunistischer Spitzelverband),
Kommunistische Partei=Opposition (Brandler),
Lenin=Bund
Marxisten=Leninisten
Kommunistische=Jugendopposition
Freie Sozialistische Jugend
Jungproletarischer Bund
Revolutionäre Pazifisten
Internationale Hilfsvereinigung
Industrie=Verband
Allgemeine Arbeiter=Union
Revolutionäre Sozialisten
Anarcho=Syndikalisten.

Wer will diesen Katalog durch die Gründung einer neuen "Partei" verlängern helfen?

+ + +
Da hat Herr Kurt Hiller von den "Revolutionären Pazifisten" neulich den Versuch unternommen, eine Einigung aller dieser Parteiengruppen Bünde herbeizuführen. Es ist ihm schlecht bekommen. Hören wir, was er selbst darüber berichtet:

"Gleich nach dieser Eröffnungsrede platzte eine Bombe; der seinem Temperament nach jüngste Konferenzteilnehmer: Georg Ledebour (geboren 1850) warf sie. Er erklärte gereizt und mit schneidender Stimme Sozialistische Bund lehne das Kartellprojekt rundweg ab.

Da jeder Anwesende wusste, dass diese Konferenz nie einberufen worden wäre, wenn Ledebour nicht in den Vorverhandlungen sein und seines Bundes grundsätzliches Einverständnis mit einer Zusammenfassung der revolutionär=sozialistischen Gruppen ausgesprochen hätte, so besass die Erklärung Brisanz-Wirkung. Alle waren erschlagen; die Konferenz war es auch. (Eine Minute nach der Eröffnungsrede).

Ledebour gab vier Gründe an. Erstens! Der Aufsatz "Sozialisten Bund" in der "Weltbühne" sei ein Vertrauensbruch. Zweitens: Solch Kartell sei sinnlos ohne klares politisches Programm; das fehle. Drittens: Die Programmatischen Differenzen zwischen den Gruppen seien zu gross. Viertens: Paragraph 10 des Entwurfs sei

undiskutabel; denn nur Querköpfe würden sich keiner Partei und keinem Bunde, aber einem Verband der Bünde als Einzelmitglieder anschliessen - nur Querköpfe."

Ist es nicht traurig, dass im Jahre 1931 vor deutschen Arbeitern Komödien von dieser Art aufgeführt werden können?

Bei diesen Querköpfen gilt die Losung: Jeder seine eigene Partei! Die Arbeiterklasse folgt einem anderen Ruf. Sie weiss, dass Karl Marx niemals Zersplitterung und Spaltung und Anarchie gelehrt hat. Der wahre Marxismus, das ist das Bekenntnis zur Solidarität, zur Treue an der Partei, zur Gemeinschaft im Kampf. Kurzum: Marxismus ist für jeden Sozialdemokraten die Verwirklichung des Wortes: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!".

Eugen Prager.

SPD. Rom, 25. Sept. (Eig. Drahtber.)

Der italienische Staatshaushalt weist in den ersten zwei Monaten des laufenden Budgetjahres bereits ein so hohes Defizit auf, dass sich die Regierung am Freitag zu einer vorläufigen 15prozentigen Zollerhöhung veranlasst gesehen hat. Die Erhebung gilt mit einigen Ausnahmen für alle Einfuhrwaren, für die in den bestehenden Handelsverträgen keine Vorzugsbehandlung festgelegt ist. Sie trifft also auch beträchtliche Ausfuhr Deutschlands nach Italien schwer. Die Finanzlage des Staatshaushalts bedarf nach dem auch im dritten Rechnungsmonat weiter gestiegenen Defizit eines sofortigen Ausgleichs umso dringlicher, als Italien an der Goldbasis seiner Valuta festhält und sie mit allen Mitteln verteidigen will.

Das Defizit des letzten Finanzjahres wurde mit einer 12prozentigen Herabsetzung der Löhne und Gehälter aller Staatsangestellten auszugleichen versucht.

SPD. Hamborn, 25. Sept. (Eig. Drahtber.)

In Hamborn hat die vereinigte Kaufmannschaft beschlossen in den Lichtstreik getreten, weil das Rheinisch-Westfälische=Elektrizitätswerk sich weigert, den Strompreis zu ermässigen. Nach Ladenschluss und Sonntags soll keinerlei Schaufenster= und Reklamebeleuchtung mehr erfolgen. Man versucht auch die kaufmännischen Organisationen der Nachbarstädte für den Streik zu gewinnen.

SPD. Breslau, 25. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens hat den bestehenden Lohntarifvertrag zum 31. Oktober ohne weitere Stellungnahme und ohne Angabe seiner Forderungen gekündigt. Von dieser Massnahme werden insgesamt 9 000 Arbeiter betroffen. Ferner sind die Lohntarifverträge für die Metallindustrien in Neisse, Ratibor, Brieg und Grünberg von den Arbeitgebern gekündigt worden. Da die mittelschlesischen Metallindustriellen denselben Schritt schon vor Wochen unternommen haben, arbeiten gegenwärtig im Bezirk Schlesien des DMV insgesamt 17 800 Metallarbeiter unter gekündigten Tarifverhältnissen.

Tote als Wähler.

Reportage aus der Marseiller Unterwelt - Geheimnisvolle Gespräche und plötzliche Schüsse - "Zehn Personen passieren mit mir".

SPD.Marseille, Ende September (Eig.Ber.)

In Marseille ist ein grosser städtischer Skandal ausgebrochen. Man musste feststellen, dass bereits seit Jahren mehrere Hundert Tote regelmässig städtische Unterstützungsgelder bezogen und auch pünktlich quittiert haben. Die Stadt ist auf diese Weise um Millionen geschädigt worden.

Die Meldung klingt schon etwas weniger phantastisch, wenn man bedenkt, was sich bei Parlaments- oder Magistratswahlen in Marseille fast regelmässig ereignet. Zum Inventar derjenigen Bars, in denen sich Tag um Tag die Vertreter der Marseiller Unterwelt ein Stelldichein geben, gehören auch ein paar Dutzend Wählerausweise von Seeleuten, die auf grosser Fahrt sind, aber auch von längst Verstorbenen... Diese Wählerkarten werden bei den Wahlen von den Stammgästen der Bars zu Gunsten "ihrer Kandidaten" benutzt. Kein Wunder, wenn sich Politiker um die Sympathien der Barstammgäste bemühen. Hinter ihren Wineschen stehen jedesmal soundsoviel Wählerkarten.... Wer weiss nun, was für merkwürdige "Seeleute" sich von der Stadt auf Ausweise Unterstützung auszahlen lassen.

+

Man sieht: die Marseiller Unterwelt weiss sehr wohl mit der Oberwelt in regem Konnex zu sein: man darf sich überhaupt nicht in einer Neigung für Romantik ihre Kneipen als finstere ungemütliche Kaschemmen vorstellen, in denen wildblickende Männer Dolche schleifen oder die Schlitten automatischer Pistolen klappen lassen. So ein Lokal nennt sich "Bar" wie alle die andern kleinen Cafés in Marseille oder jeder beliebigen französischen Stadt. Es ist meist ein langer schmaler Raum, der am Tage sein Licht durch die stets offene weite Tür empfängt. Auf dem langen Schanktisch blinkt die unvermeidliche Express-Kaffeemaschine, in der der Kaffee durch Dampf extrahiert wird. In den Regalen hinter dem Schanktisch leuchten Fruchtsäfte, Apéritifs und Liköre in allen Farben des Regenbogens. Und der Wirt hat alle Hände voll zu tun, um seinen Gästen prompt den kohlschwarzen Kaffee mit und ohne Sahne oder die gewünschte Apéritif-Mischung zu servieren. Die Gäste? Sie sehen meist aus wie gutgesinnte Kleinbürger, die etwas auf ihren Ruf halten und nur gekommen sind, um mit ihren Freunden einen Früh-, Nachmittags- oder Abendschoppen zu nehmen. Muss noch gesagt werden, dass Unterweltkneipen nicht etwa nur in den Vorstädten liegen, nicht nur in üblen Gassen, sondern mitten im Zentrum der Stadt, in der berühmten Cannebière, am Cours Belzunce oder in höchst respektablen Querstrassen? Ja, es kann vorkommen, dass eine und dieselbe Bar gleichzeitig Geschäftslokal von Kokainschmugglern und Stammlokal der Polizeibeamten ist.

+

Wer etwa am Abend so eine Bar betritt, wird erstaunt sein, lauter friedliche Kleinbürger zu finden, die sehr, sehr mässig trinken und mit gedämpfter Stimme sprechen. Worüber? Ueber Geschäfte. Ueber Kuppelerei, Kokainhandel, Eisenbahndiebstähle, Hehlerei und so weiter. Zwei Männer an einem kleinen Tischchen haben sich lange angelegentlich unterhalten. Sie scheinen handelseinig geworden zu sein. Einer von beiden verschwindet in den Hinterräumen der Bar. Wenn man ihm unbemerkt folgte - man tue es lieber nicht! - würde man sehen, wie er einen engen schachtähnlichen Hof betritt und einen Pfiff ausstösst. Nach kurzer Zeit wird sich ein Fenster in einem der oberen Stockwerke öffnen, und

ein Päckchen wird an einer Schnur heruntergelassen werden - Kokain. Der Händler wird sich hüten, es etwa den ganzen Tag bei sich zu tragen.

+

Doch nicht immer werden nur leise Geschäfte abgewickelt. Es kann vorkommen, dass sich am Abend plötzlich die Tür der Bar öffnet. Ehe jemand den Ankömmling erkennen kann, kracht ein Revolverschuss, und einer der Gäste, der gerade sein Glas Vermouth zum Munde führen wollte, sinkt lautlos um. Entsteht eine Panik? Keineswegs! Der Wirt geht ans Telefon und führt ein kurzes Gespräch. Zwei ernste Männer erheben sich von ihren Stühlen, richten den Erschossenen wieder auf, so dass er dasitzt wie ein Lebender, und setzen sich wieder seelenruhig an ihr Tischchen. Nach einigen Minuten fährt ein Automobil vor der Bar vor. Zwei, drei Männer treten ein, heben die Leiche auf und tragen sie zum Auto, das gleich wieder abfährt. Zur Polizei? Wer redet hier von Polizei? Der Wirt hat den Leichenbeseitigungsdienst der Marseiller Unterwelt angerufen; er funktioniert prompt. Die Leiche wird nach einer kleinen Meeresbucht bei Les Goudes, 12 Kilometer von Marseille, gebracht. Dort wird sie mit Eisendraht umwickelt, beschwert und dann ins Meer versenkt. Nur selten wird eine derartig behandelte Leiche aufgefunden.

+

Wenn ein Unterweltmann eine Reise unternehmen will oder muss, etwa weil die Polizei sich unangenehm für ihn interessiert, dann bestellt er sich seine Fahrkarte. Nicht bei Cook oder einem anderen Reisebüro, sondern bei der entsprechenden Organisation der Unterwelt. Diese Organisation hat ihre Vertreter auf allen grossen Bahnhöfen des Südens. Wenn ein Zug ankommt, tritt ein Mann mit der Dienstmütze der Bahngesellschaft an Touristen, besonders Ausländer, heran und nimmt ihnen ihre Fahrkarten, meist zwei Monate gültige Fahrscheinhefte, ab. An der Sperre sagt er dem (vielleicht eingeweihten) Schaffner: "Zehn Personen passieren mit mir", und schon ist der Fall erledigt. Er hat zehn Fahrscheinhefte, die bestimmt zum Teil unerwünscht entwertet worden sind, und nun dem Reisebedürfnis der Unterwelt dienen.

Selbstverständlich werden auch falsche Pässe und andere Papiere in Marseille fabriziert und vertrieben. In einer Bar am mährischen alten Hafen sitzt ein Spezialist dieser Branche. Bei ihm kann man alle Ausweispapiere bestellen, die man braucht. Man zahlt natürlich Vorkaus, aber man kann damit rechnen, die bestellten Dokumente promptlich und absolut einwandfrei zu erhalten. Ein Pass in der Einreisegenehmigungen von fünf verschiedenen Ländern ist schon zum Preise von 500 Francs (etwa 80 Mark) zu haben....

+

v. Wilamowitz-Moellendorf +. In Berlin verstarb im Alter von fast 83 Jahren der berühmte Altertumsforscher Geheimrat Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorf, der Schwiegersohn Theodor Mommsens. Der Verstorbene war Mitglied der preussischen Akademie der Wissenschaften, der Zentralkommission des Archäologischen Instituts und zahlreicher deutscher und ausserdeutscher Akademien. Sein Verdienst ist, in unermüdlicher Forscherarbeit die Meister der griechischen Antike durch zahlreiche grundlegende Schriften über sie dem Verständnis der Gegenwart nahegebracht zu haben. Was wir heute von Griechenland wissen, hat uns Wilamowitz-Moellendorf zu einem guten Teil in lebendiger Art übermittelt - zum Teil sogar auf dem Wege über die Dichtung: eine grosse Zahl seiner griechischen Dramenübersetzungen kamen auf deutschen Bühnen zur Aufführung. Die Berliner Universität, der der Verstorbene, der übrigens auch Träger des Pour le Mérite-Ordens war, eine zeitlang als Rektor vorgestanden hatte, wird aus Anlass des Ablebens des Gelehrten eine grosse Trauerfeier veranstalten, an der sich auch das preussische Kultusministerium beteiligen wird.

+

Waltz geisteskrank. Der vor einigen Tagen vom Amt suspendierte Kriminalkommissar Waltz in Schneidemühl, gegen den zur Zeit ein Ermittlungsverfahren wegen Amtsunterschlagung bzw. Beiseiteschaffung dienstlicher Akten schwebt, ist nach einer Mitteilung der Schneidemühler Justizpressestelle von mehreren Ärzten als gemeingefährlich geisteskrank erklärt worden. Waltz, der bei sämtlichen Vernehmungen wie ein Wilder schrie und um sich schlug, wurde in eine geschlossene Heilanstalt überführt. Nach Ansicht der Aerzte handelt es sich um eine wahrscheinlich schon seit Jahren bestehende geistige Störung auf organischer Grundlage, die unter der Einwirkung der Aufregungen der letzten Tage plötzlich zum radikalen Ausbruch kam. Das Verfahren gegen Waltz ist damit zunächst unterbrochen.

+ + +
Neuer USA-Zeppelin. Das amerikanische Marineministerium trifft Vorbereitungen zum Bau eines neuen Riesenluftschiffs. Das Luftschiff soll noch bedeutend grösser werden als der 184 000 Kubikmeter Gas fassende "Akron", dessen erster Probeflug mit 111 Passagieren an Bord vor wenigen Tagen zur allgemeinen Zufriedenheit verlaufen ist. (Das deutsche Luftschiff "Graf Zeppelin" fasst 105 000 Kubikmeter Gas).

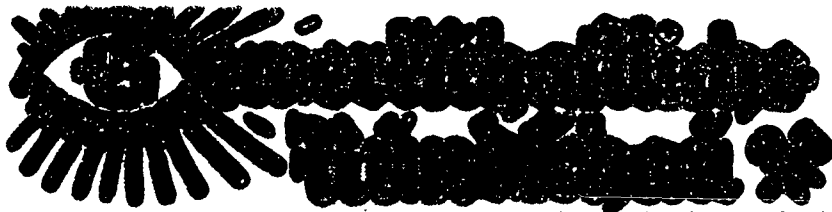
+ + +
Verhafteter Mörder. In Neu-Waltersdorf (Kreis Habelschwerdt/Schlesien) wurde der bereits wegen Betruges, Diebstahls und Vergehens gegen den § 175 sechszehnmal vorbestrafte 44jährige Dachdecker Weiss unter der Anschuldigung, vor wenigen Tagen eine 61jährige Frau erwürgt zu haben, verhaftet. Weiss ist geständig; er gibt ab, im Alkoholrausch gehandelt zu haben. Zeugenaussagen stehen der Wahrheit dieser Behauptung entgegen.

+ + +
Verurteilter Falschmünzer. Das Schöffengericht Schwerin verurteilte am Freitag-Nachmittag den Silberschmied Süsse aus Schwerin wegen fortgesetzter Falschmünzerei zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Süsse hatte in den Jahren 1927 bis 1930 in seiner Schweriner Falschmünzwerkstatt in erheblichem Umfange 2-, 3- und 5-Markstücke angefertigt, die in ganz Norddeutschland in Umlauf waren.

+ + +
Uralzeff-Nachwehen. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat gegen den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Lange, den früheren Prokuristen der verkrachten Raiffeisenbank ein Meineidsverfahren eingeleitet. Dr. Lange hat im Uralzeff-Prozess vor einigen Monaten beschworen, dass er keine Geschenke von Uralzeff erhalten habe. Dem stehen ein Eid der Frau Uralzeff, die Behauptungen Uralzeffs selbst und auch Angaben eines Berliner Jubeliers gegenüber.

+ + +
150 000 Mark unterschlagen! In Berlin wurde der 51jährige Kassierer Rudolf Merz bei der Tempelhofer Zweigstelle der Dresdner Bank unter der Beschuldigung verhaftet, im Laufe der letzten Jahre 150 000 Mark veruntreut zu haben. Merz, der bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, verübte seine Betrügereien auf sehr raffinierte Weise.

+ + +
Bestätigtes Todesurteil. Das Reichsgericht bestätigte das vor einem halben Jahr vom Göttinger Schwurgericht gefällte Todesurteil gegen den Bäckermeister Dettmar aus Bowenden. Dettmar hatte das nur wenige Tage alte von ihm stammende Kind eines bei ihm angestellten 20jährigen Hausmädchens durch Arsenmord ums Leben gebracht. Das Kind, das unter furchtbaren Krämpfen verstarb, war bestattet worden; die spätere Exhumierung der Sektion der Leiche war aufgrund einer anonymen Anzeige erfolgt.



Notruf der Gewerkschaften.

Eine eindrucksvolle Kundgebung.

SPD. Die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der AFA-Bund, veranstalteten am Freitag in Berlin eine eindrucksvolle Kundgebung, die unter der Losung stand: Geht Arbeit, gebt Brot!

Franz Spliedt vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund behandelte die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt. Er führte u. a. folgendes aus: In Deutschland gibt es 1 100 000 Menschen, die als Krisenunterstützte über ein halbes Jahr arbeitslos sind und weiter 1 400 000 Menschen, die als Wohlfahrtsunterstützte mindestens bis 1½ Jahr keine Arbeit haben. Es gibt Hunderttausende, die seit 2 Jahren aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet sind. Dabei hat die Unterstützung der Arbeitslosen im Laufe des letzten Jahres ganz ungeheuerliche Verschlechterungen erfahren. Der versicherte Arbeitslose erhielt ein-schliesslich des Krankenkassenbeitrages 1928 monatlich 78,50 Mark im Jahres-durchschnitt, im Jahre 1930 = 75,11 Mark und im ersten Quartal 1931 = 68,25 Mark. Nach der Juni-Notverordnung sind die Sätze auf 58.-Mark heruntergedrückt worden. Man muss der Regierung mit allem Ernste zu rufen, dass der Bogen über-spannt ist, dass man Gefahr läuft, das wertvollste Wirtschaftsgut, Millionen arbeitsfreudiger deutscher Menschen gänzlich zugrunde gehen zu lassen. Die Gewerkschaften wissen, dass es keine Zaubermittel und keine Wunder zur Ueberwindung der Weltkrise gibt. Aber es gibt Arbeitsmöglichkeiten und sie müssen ausgenutzt werden. Sie werden aber nicht ausgenutzt, weil die verantwortlichen Stellen nicht die Energie aufbringen, alles auf die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzustellen. Sparen kann weise sein. Aber die Sparpolitik, die gegenwärtig getrieben wird, muss für den geschwächten Wirtschaftskörper tödliche Folgen haben. Eine unerträgliche Verschwendung sind die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Sie machen zusammen mit dem übersteigerten Zollschatz jährlich 3 Milliarden Mark aus, also nicht mehr und nicht weniger als die Erhaltung des Erwerbslosenheeres in schwerster Wirtschaftskrise. Anstatt aber alle Mittel zur Erhaltung der Kaufkraft einzusetzen, zerstört man durch eine unsinnige Lohnpolitik die Kaufkraft des deutschen Arbeitnehmers. Die Gewerkschaften rufen der Regierung zu: Schluss mit dem Lohnabbau! Keine weitere Senkung der Reallöhne! Die Regierung muss sich damit abfinden, auf dem Gebiet der Kartelle und Trusts ihre einseitig orientierte Interessenpolitik preiszugeben. Man kann nicht begreifen, dass sich die Regierung unter Druck der Arbeitgeberverbände von einer rücksichtslosen Ausnutzung der in der Juni-Notverordnung gegebenen Möglichkeiten abschrecken lässt. Die Gewerkschaften verkennen nicht den Ernst der Situation. Sie wenden sich aber mit aller Energie gegen Pessimismus und fordern endlich Massnahmen, die auf allen wirtschaftlichen Gebieten möglich sind.

Der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes, Nikolaus Bernhard, verwies auf die fürchterliche Lage der Bauarbeiter: Ende August waren 2/3 der organisierten Bauarbeiter erwerbslos, Man muss fürchten, dass bis Dezember die Erwerbslosigkeit auf 75 % steigt, wie heute schon in Westfalen 82 % und im Rheinland 74 % der Bauarbeiter brotlos sind. Dabei besteht ausgesprochener Wohnungsmangel. Es fehlen mindestens 550 000 bis 600 000 Wohnungen. Gerade bei den Kleinwohnungen hat die Ueberbelegung erschreckende Formen angenommen. In die-

sem Zusammenhang muss die Frage aufgeworfen werden, wo die Reparaturarbeiten des Hausbesitzes bleiben, der für diese Zwecke von der Reichsregierung 1,25 Milliarden Mark erhalten hat. Diese Subventionen werden vom Hausbesitz nicht dazu verwendet, durch Reparaturarbeiten 250 000 Bauarbeitern Brot zu geben. Der Hausbesitz verbraucht sie zu einer Steigerung seiner Lebenshaltung. Warum greift hier die Regierung nicht mit einer Notverordnung ein?

Ministerialdirektor Meyer vom Preussischen Wohlfahrtsministerium betonte, dass eine Beseitigung der Hauszinssteuer eine erträgliche Wohnungswirtschaft unmöglich mache. Die Behauptung, dass der Hausbesitz infolge der Hauszinssteuern zusammenbreche, sei falsch. Ueber die Höhe der Hauszinssteuer würden unrichtige Angaben in der Öffentlichkeit verbreitet. Die Steuer betrage nicht 48 %, wie behauptet wird, sondern 15 bis 48 % der Friedensmiete. Eine Reform der Hauszinssteuer werde auch von ihren Anhängern dringend befürwortet. Die beste Lösung sei eine ablösbare Rente, deren Ertrag sich auf der Höhe der bisherigen Steuereinkünfte halten müsse. In den nächsten Jahren würden Hauszinssteuermittel dringend benötigt für Zins- und Mietszuschüsse mit rund 50 Millionen Mark jährlich, für Instandhaltung der Altwohnungen und Teilung der Grosswohnungen mit ebenfalls 50 Millionen Mark, für Abdeckung der Vorgriffe auf die Hauszinssteuer bei den Gemeinden mit 50 bis 100 Millionen Mark und für die Sanierung der Neubauten, um erträgliche Mieten herbeizuführen, mit 100 Millionen Mark. Wenn der Wohnungsmangel in Preussen abgestellt werden soll, müssten für ein Jahrzehnt 180 000 Klein- und Kleinstwohnungen gebaut werden.

Als letzter Redner sprach Staatssekretär Krüger vom Preussischen Landwirtschaftsministerium über Siedlungsmöglichkeiten. In der Siedlung lägen Möglichkeiten der Produktionssteigerung und einer Mehrbeschäftigung von Menschen. Allerdings müssten einschneidende Betriebsänderungen in der Landwirtschaft eintreten. Ein Teil der östlichen Grossbetriebe müsste kleineren Stellen und der genossenschaftlichen Besiedlung Platz machen. Eine Verbilligung der Siedlung gebe die Möglichkeit, in stärkerem Umfang Landarbeiter anzusiedeln. Das Regierungsprojekt einer Ansiedlung von städtischen Erwerbslosen an den Rändern der Grossstädte verdiene grösste Beachtung. Allerdings werde dadurch den Erwerbslosen keine neue Existenz geboten, sondern nur Gelegenheit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Mit diesen Projekten komme man daran vorbei, für weitere Unterstützung oder für Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie zu sorgen.

SPD. Die sächsischen Textilunternehmer fordern nichts mehr und nichts weniger von der Reichsregierung, als dass das Statistische Reichsamt seine Arbeiten auf lohnstatistischem Gebiet einstellt.

Die Statistik über die Entwicklung der Tariflöhne wurde etwa vor zehn Jahren unter tatkräftiger Mitwirkung der Gewerkschaften aufgenommen. Den Unternehmern war diese Arbeit immer in Dorn im Auge. Das trifft besonders für die Unternehmer der Textilindustrie zu.

Vor längerer Zeit ging das Statistische Reichsamt daran, der Tariflohnstatistik eine breitere Grundlage zu geben. Die Vorbereitungen dazu wurden unter Mitarbeit der Gewerkschaften getroffen. Alles schien in bester Ordnung. Plötzlich erhoben die Textilarbeitgeber Einspruch gegen die Einreihung der Textilarbeiter (Spinner und Weber, bzw. Wirker und Stricker) unter die Rubrik der Facharbeiter. Nach Meinung der Herren Syndicis sind die Textilarbeiter keine Facharbeiter, sondern nur angelernte Arbeiter. In einer Besprechung, die im Statistischen Reichsamt unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfand, konnte eine Einigung nicht erzielt werden, weil die Arbeitnehmervertreter nicht zulassen konnten, dass die Textilarbeiter als angelernte Arbeiter gelten sollen.

Das Statistische Reichsamt hat nun auf der neuen breiteren Grundlage zum ersten Mal die Tariflohnstatistik veröffentlicht. Der Einspruch der Textilarbeitgeber hat so verheerend gewirkt, dass die Statistik ein abschrecken= des Beispiel dafür geworden ist, wie eine Statistik nicht sein soll. Man hat nämlich "der besonderen Schwierigkeiten" wegen die Frage offen gelassen, ob die Spinner und Weber unter Facharbeiter oder angelernte Arbeiter einzureihen sind. So bietet denn die Statistik dem Betrachter die Kuriosität, dass die Textilarbeiter mit gleichen Lohnsätzen sowohl unter "Facharbeiter" als auch unter "Angelernte Arbeiter" erscheinen. Wohlgermerkt, in beiden Rubriken sind die gleichen Lohnsätze angesetzt! Bei der Durchschnittsberechnung hat man dann nach dem Rezept "Man nehme..." die Textilarbeiter zu je 50 Prozent unter "Facharbeiter" und "Angelernte Arbeiter" berücksichtigt.

Man ist versucht, über diese Art Statistik sich lustig zu machen, wenn es sich hier nicht um bitteren Ernst handelt. Das Ziel der Unternehmer ist, die Textilarbeiter nur als angelernte Arbeiter gelten zu lassen. Man will verhindern, dass die niedrigeren Löhne der Textilfacharbeiter in der amtlichen Statistik mit den höheren Löhnen der Facharbeiter verglichen werden. Man will die niedrigen Lohnsätze der Textilarbeiter verschleiern. Auf das Reichsstatistische Amt wirft das alles kein gutes Licht. Was soll man von einer Behörde, die unbedingt objektiv sein muss, denken, wenn die Arbeitgeber nur etwas fordern und beim Reichsstatistischen Amt weitestes Entgegenkommen finden. Vielleicht liegen auch die Dinge so, dass die Syndici der Textilarbeitgeber die amtliche Statistik nur lächerlich machen wollen. Anders kann man die ganze Angelegenheit nicht auffassen. Die Textilarbeiter verlangen, dass sie von der amtlichen Statistik nicht als Arbeiter zweiten Grades bewertet werden, insbesondere müssen sie den Syndicis, die keinerlei praktische Erfahrung haben, das Recht absprechen, ihre Arbeit derart zu bewerten. Jeder, der längere Zeit in einem Textilbetrieb tätig war, weiss, dass der Beruf eines Spinners oder Webers eine ganze Menge Kenntnis der Arbeitsmaschinen und des zu verarbeitenden Materials erfordert. Dazu gehört nicht, wie die Syndici behaupten, eine Anlernzeit von einigen Wochen, sondern jahrelange Tätigkeit, Erfahrung und Fortbildung. In Jahren guter Konjunktur erleben wir immer wieder, dass die Arbeitgeber in der Textilindustrie über Mangel an Facharbeitern klagen. Wenn man einen Textilarbeiter so ohne weiteres anlernen kann, dürfte doch kein Facharbeitermangel bestehen. Das also zeigt deutlich, dass für die Arbeitgeber bei ihren Anforderungen an die amtliche Statistik lohnpolitische Momente ausschlaggebend waren. Traurig, dass das Reichsstatistische Amt dem nachgab. Die amtliche Statistik darf nicht zum Faktor lohnpolitischer Massnahmen werden.

SPD. Beim Deutschen Landarbeiterverband laufen fortgesetzt Massenkündigungen von Tarifverträgen ein. So hat der Landbund für Mecklenburg-Schwesin den am 1. November ablaufenden Tarif gekündigt. Das oldenburgische Ministerium kündigt zum 1. Oktober den für die Forstarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag. Der landwirtschaftliche Arbeitgeberverband für die Börde verlangt einen Abbau der Löhne um 25 %. Ebenso befinden sich die Staats- und Forstarbeiter Thüringer im Abwehrkampf gegen einen beabsichtigten Lohnabbau. Die Direktion der sächsischen Staatsforsten verlangt eine Senkung der Stundenlöhne von 76 Pfennigen auf 60 Pfennige für Männer und von 48 Pfennigen auf 35 Pfennige für Frauen. Daneben laufen noch Lohnverhandlungen für Kurhessen und Mitteldeutschland. Schliesslich ist der Lohn tarif für die Forstarbeiter von Mecklenburg-Strélitz gekündigt worden.

Wirtschaft Technik Handel

Rund um die Weltbörsen.

Es kracht an allen Ecken und Enden.

SPD. Die deutschen Börsen sind geschlossen. Man hat gesagt, dass man am kommenden Dienstag wieder öffnen will. Ob man dieses Versprechen einhält, weiss kein Mensch. Selbst nicht die Börsengewaltigen, die noch vor ganz kurzer Zeit die Börse "machten". Das Spiel ist ihren Händen entglitten.

Als die Nachricht von den englischen Ereignissen in Deutschland eintraf, die Bank von England die Goldwährung ausser Kraft setzte und die englische Börse geschlossen wurde, atmete man in Deutschland auf. Es bot sich die Gelegenheit, auch die deutschen Börsen zu schliessen, was man schon seit Tagen gewünscht hatte. Die englischen Ereignisse boten nur den guten Vorwand. Schon am Ende der verflossenen Woche bestand kein Zweifel darüber, dass die deutschen Börsen einem restlosen Zusammenbruch aller Kurse entgegen trieben. Damals wusste man noch nichts von der Pfundkrise. Sie hat natürlich die ganze Situation verschärft. Aber schon vorher warf das Ausland trotz aller Stillhaltevereinbarungen deutsche Effekten und Rentenwerte auf den Markt, zog sein Geld ab, verkaufte die Mark im Auslande und brachte an manchen Tagen eine gefährliche Beunruhigung in die Marktstabilität. Das war natürlich für die Verkäufer mit schweren Verlusten verknüpft. Aber man kann der Reichsbank nur zustimmen, wenn sie es ablehnte, irgendeine Stützungsaktion vorzunehmen. Allerdings musste man dabei mit der Tatsache rechnen, dass deutsche Aktien und deutsche Rentenwerte wertlos zu werden drohten. Dauernd hätte die Reichsbank auch nicht in ihrer Passivität verharren können. Einmal musste etwas geschehen. Die Schliessung der deutschen Börsen war unvermeidlich. An diesem Punkt standen wir, als der Glücksfall für Deutschland eintrat, der Ausbruch der Finanzkrise in England.

Was den deutschen Börsen beschieden gewesen wäre, wenn uns der englische Zufall nicht zu Hilfe gekommen wäre, sehen wir an den Weltbörsen. Es zeigt sich ein wildes Hin und Her. Haussen und Baissen lösen einander an den Kapitalmärkten ab. Nirgendwo ist ein normales Funktionieren zu entdecken. London zeigt Kurszusammenbrüche, aber auch Kurssprünge nach oben. Kurzes Glück, an dem man sich nicht lange freuen wird. Es handelt sich nicht um eine gesunde Aufwärtsbewegung, sondern um eine ausgesprochene Inflationshausse, vor der ja auch tageweise die deutschen Börsen standen, bis in letzter Minute durch die scharf ablehnende Erklärung der Reichsbank gegen alle Projekte der zahllos auftretenden Inflationisten die Gefahr abgelenkt wurde. Das ist. Das ist viel wert, wenn auch die deutschen Börsen vor ihrer Schliessung nie erreichte Kurstiefstände zu verzeichnen gehabt haben.

Wo die Börsen offen sind, herrscht ein wilder Taumel und die grösste Unklarheit. In Paris ist man sich anscheinend nicht klar, ob man die Kurse nach oben treiben oder stürzen soll. Jedenfalls macht man beträchtliche Unterschiede. Das ist äusserst interessant. So zeigt sich deutliches Misstrauen gegen die französischen Banken, die die Kursverluste der Bankaktien deutlich erkennen lassen. In Amerika hat man versucht, durch das Verbot von Baissegeschäften starke Kurzdabschläge zu verhindern. Das Mittel hat einen Tag geholfen. Dann ging es wieder kräftig abwärts. Man kann sich eben der Finanzkrise nicht entziehen. Auch in Amerika nehmen die Lohnsenkungen der führenden Industrietrusts, neue

Stillegungen und Einschränkungen allmählich europäisches Ausmass an. Die Bankzusammenbrüche häufen sich und die Wirkungen gehen in alle Welt, nach dem Gesetz der Verflechtung der Wirtschaften aller Länder. Die Börsen sind überall erschüttert bis in den fernen Osten. Ueberall herrscht Desorganisation in schlimmster Masse.

Man sagt, so gehe es nicht weiter! Das haben wir in Deutschland seit langem erkannt. Dieses Wort ist bei uns ein geflügeltes Wort geworden. Wenn die ganze Entwicklung in den letzten Tagen ein Gutes hat, dann das, dass man diese Wahrheit auch im Auslande erkennt. In England hat man über die Weltkrise und ihre Ursachen allmählich vernünftig denken gelernt. In Amerika dämmert es schon seit Monaten. Und selbst unsere direkten Nachbarstaaten fühlen, dass sich die Geldpest auch in ihre Tresors einschleicht, und fühlen sich von Tag zu Tag mehr bedroht. So wird in der Krise der psychologische Untergrund, um gemeinsam an das Werk der Liquidierung der Krise zu gehen.

Im Grunde genommen handelt es sich um die Liquidierung des Weltkrieges, die Streichung der politischen Schulden und, wir wollen es einmal ganz offen aussprechen, die restlose Beseitigung aller privaten kurzfristigen Kredite. Das entspricht wohl nicht den "Eigentumsbegriffen", wie sie sich in den Nachkriegsjahren herangebildet haben, wohl aber dem Grundgesetz der kapitalistischen Wirtschaft, dass derjenige, der Profite einheimen will, auch das Risiko des Kapitalverlusts zu tragen hat. Der Augenblick ist eben gekommen, wo Verteidiger und Träger des kapitalistischen Systems Opfer bringen müssen, wenn überhaupt etwas gerettet werden soll. Die breiten Massen haben ungeheure Opfer durch Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen gebracht in einer unheimlichen und bedenklichen Verminderung der Lebenshaltung. Das Unternehmertum aller Länder hat sich eingebildet, an Opfern vorbeikommen zu können. Man wollte die Lasten der Krise auf die breiten Massen abwälzen. Es zeigt sich jetzt, dass das nicht geht. Ueber 50 Milliarden Mark vagabundieren in kurzfristigen Krediten durch alle Welt. Sie erfordern ungeheure Zinslasten, die auf die Lebenshaltung der breiten Massen drücken. Diese Kredite hat man irgendwie investiert, in Anlagen und Maschinen, die keinen Nutzen mehr abwerfen, weil sie stillstehen. Sie verdienen die Zinsen nicht mehr, sie sind verloren. Daraus kann nur folgern, dass durch diese Kredite unbedingt ein Strich gemacht werden muss.

Die Wirtschafts- und Finanzsachverständigen aller Welt haben diese Forderung schon lange und oft aufgestellt. Zum ersten Mal einmütig in Basel. Wird man jetzt endlich diese Vorschläge aus den Schreibtischschubladen hervorholen? Wird man endlich erkennen, dass die Weltwirtschaftskrise ohne Opfer des Kapitals nicht zu überwinden ist?

SPD. Die Monatsbilanzen der deutschen Banken für August weisen charakteristische Veränderungen auf. In erster Linie ist festzustellen, dass sich der Abzug der Einlagen, Rückgang der Kreditoren, verlangsamt hat. Bei den Berliner Grossbanken, die im Juli einen Rückgang von 9,27 Milliarden Mark auf 8,16 Milliarden Mark zu verzeichnen hatten, ist im August ein Rückgang auf 8,06 Milliarden Mark eingetreten. Bei den erfassten 84 Kreditbanken liegt ein Rückgang von 10,64 auf 10,49 Milliarden Mark vor (im Juli von 11,58 auf 10,64 Milliarden Mark). Eine Ausnahme machen die Girozentralen, also die Spitzeninstitute der Sparkassen. Bei der Deutschen Girozentrale haben sich die Kreditoren im August von 407 Millionen Mark auf 272 Millionen Mark verringert, bei den 19 erfassten Girozentralen von 2,617 Milliarden Mark auf 2,149 Milliarden Mark. Die Anforderungen der Sparkassen müssen also sehr stark gewesen sein. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass den Girozentralen für diese Anforderungen noch ein Reichsbankkredit in Höhe von 500 Millionen Mark verstanden, der sicherlich in nächster Zeit, da er wohl aufgebraucht sein dürfte, erhöht werden muss.

Der Kreditorenrückgang konnte einigermaßen dadurch ausgeglichen werden, dass man die flüssigen Mittel, die man angesichts der überstürzten Anforderungen im Monat Juli stark erhöhen musste, abzubauen vermochte. Bei den Berliner Grossbanken liegt ein Rückgang von 123 Millionen Mark auf 81 Millionen Mark vor und bei den Kreditbanken insgesamt von 163 auf 111 Millionen Mark. Dagegen haben die Banken kein grosses Glück gehabt, die eingefrorenen Kredite flüssig zu machen. An sich werden die Anforderungen der Wirtschaft mehr auf den Wechselverkehr abgedrängt, der sich z.B. bei den Berliner Grossbanken von 986 Millionen Mark auf 1 164 Millionen Mark steigerte und bei den gesamten Kreditbanken von 1 530 auf 1 744 Millionen Mark. Die Debitoren selbst verringerten sich bei den Berliner Banken von 5,483 Milliarden Mark nur auf 5,432 Milliarden Mark und bei den gesamten Kreditbanken von 7,089 Milliarden Mark auf 6,994 Milliarden Mark. Dagegen zeigt sich ein Rückgang der Import- und Exportvorschüsse, bei den Berliner Banken von 1,599 Milliarden Mark auf 1,466 Milliarden Mark und bei den gesamten Kreditbanken von 1,856 Milliarden Mark auf 1,695 Milliarden Mark.

Im grossen und ganzen kann man feststellen, dass nach den Katastrophen im Juli im August eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, der man allerdings angesichts der Vorgänge auf den Devisen- und Kreditmärkten kaum nachhaltige Dauer zusprechen kann.

SPD. Die Reichsbank hat in der dritten Septemberwoche einen Devisenverlust von 58,3 Millionen Mark (Rückgang auf 297,8 Millionen Mark) erlitten, während sich die Goldbestände - es handelt sich hier um inländische Ablieferungen - um 2,3 Millionen Mark auf 1 374,4 Millionen Mark erhöhten. Die Verluste der Reichsbank sind natürlich weit grösser, weil die Abgaben durch Exportdevisen und Devisenerfassung nach der Notverordnung zum Teil ausgeglichen sind. In erster Linie dürfte der Verkauf deutscher Aktien und deutscher Rentenwerte durch das Ausland an den Beständen der Reichsbank gezehrt haben. Das Loch ist vorläufig einmal durch Schliessung der deutschen Börsen gestopft. Mit der Oeffnung der Börsen wird sich aber die Reichsbank mit diesem Problem auseinander zu setzen haben. Zum andern haben die Markverkäufe nach den Stillhalteabmachungen zum Abfluss der Devisen geführt. Es zeigt sich also, dass die Abmachungen in Basel sehr bedenkliche Lücken gelassen haben. Zweifellos wird man auf internationaler Grundlage hier eine Neuregelung zu treffen haben, wenn sich die Entwicklung auf der aufgezeigten Linie fortsetzen wollte.

Die Deckung der Noten konnte mit 40,1 Prozent gegenüber 40,7 Prozent gehalten werden. In der Kreditgewährung ist entgegen der sonstigen Entwicklung eine Ausweitung um rund 93,8 Millionen Mark eingetreten, womit sich die Summe der gewährten Kredite auf 3247,6 Millionen Mark steigert. Die Wechsel- und Scheckbestände sind um 125,9 auf 2994,7 Millionen Mark gestiegen, während man die Lombardkredite um 22,6 Millionen Mark auf 141,2 Millionen Mark abzubauen vermochte. Die ganze Entwicklung dürfte nur zum Teil mit den Zahlungen gegen Ende des laufenden Monats zusammenhängen, die sich dieses Mal, da es sich um ein Vierteljahresresultat handelt, häufen dürften. Allerdings muss beachtet werden, dass die Reichsbank in den letzten Tagen Stützungskredite hergeben musste; u. a. handelt es sich um Kredite für die Rheinische Landesbank. Man kann annehmen, dass die Kreditausweitung zu gutem Teil auf Rechnung dieser Stützungsaktion geht.

Abgestoppte Hausse.

(Berliner Getreidebörse vom 25. September.)

SPD. Im völligen Gegensatz zum Vortage verkehrte die Berliner Produktenbörse am Freitag in ausgesprochen matter Stimmung. Namentlich Weizen in prompter Ware wurde erheblich stärker als am Vortage angeboten, während die Mühlen nur sehr geringe Kauflust zeigten. So gingen die Preise für prompte Ware um 3 Mark zurück und auch am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen um 3 bis 4 Mark niedriger. Im Verlauf der Börse trat hier allerdings eine kleine Befestigung ein, sodass ein Teil der Verluste bei der Schlussnotierung wieder ausgeglichen werden konnte. In Roggen ist das Angebot nicht so erheblich gewachsen, aber immerhin doch grösser als am Vortage, sodass sich auch hier Preisabschwächungen ergaben. Da aber die Versorgung des Marktes mit prompter bzw. schnell greifbarer Ware nur knapp ist, beschränkten sich hier die Verluste auf etwa 2 Mark. Der Mehlmarkt verkehrte aber in vollkommen lebloser Haltung. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert; jedoch zeigte sich keinerlei Kauflust. Lediglich billiges Roggenmehl fand Beachtung. Hafer hatte gleichfalls ruhigere Tendenz; die Preise lauten wenig verändert.

	24. Sept.	25. Sept.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	216 - 219	216 - 219
Roggen	189 - 191	189 - 191
Futter- und Industrieroggen	149 - 156	149 - 156
Hafer	137 - 144	137 - 144
Weizenmehl	26,75 - 32,50	26,75 - 32,50
Roggenmehl	26,25 - 29,00	26,50 - 29,25
Weizenkleie	10,50 - 10,75	10,50 - 10,75
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 232 - 234 $\frac{1}{2}$ (Vortag 235), Oktober 231-232 (235), Dezember 233 $\frac{1}{2}$ -234 $\frac{3}{4}$ (237 $\frac{1}{4}$). Roggen September 205 - 206 (207), Oktober 202 $\frac{1}{2}$ (204), Dezember 201 (204). Hafer September 149 (-), Oktober 149 und Brief (152), Dezember 150 $\frac{1}{2}$ (156).

Berliner Viehmarkt.

(25. September)

SPD. Die Preisabschläge auf dem Schweinemarkt hielten sich, trotzdem der Markt genügend beschickt war, in Grenzen. Der Handel verlief abflauend. An dem Kälbermarkt liessen sich Preiserhöhungen erzielen; stärker war der Bedarf nach prima Kälbern. Der Hammelmarkt erlitt eine scharfe Schlappe infolge reichlicher Angebots. Der Rindermarkt hatte bei grösserer Nachfrage nach guter Ware ruhiges Geschäft. Notierungen: Schweine a) (über 300 Pfund) 58 - 59 (59.60), b) (240 bis 300 Pfd.) 57 - 58 (58 - 59), c) (200 bis 240 Pfd.) 55 - 57 (56 - 58), d) (160 bis 200 Pfund) 52 - 54 (43 - 55), e) (120 bis 160 Pfund) 47 - 50 (48-51). Sauen 50 - 52 (51). Schafe: a) 35 - 37 (39 - 40), b) 39 - 43 (42 - 45), c) 30 bis 36 (33- 38), d) 12 - 25 (15-27). Kälber: b) 48 - 55 (47 - 54), c) 44 - 53 (43 - 52), d) 30 - 40 (30 - 40). Kühe: a) 30 - 33 (26 - 30) b) 23 - 28 (21-24), c) 18-22 (17-20), d) 14 - 17 (13 - 15).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 25. September 1931.

Monsieur Jean spricht Deutsch.^X

SPD. Der Ober gefiel mir. Er servierte mit unnachahmlicher Vornehmheit, aber wenn man ihn ansprach, antwortete er laut, lebhaft, unbekümmert. Er sagte seine Ansicht und drückte sie klar und bestimmt aus - seine Ansicht über die Qualität des Bordeaux und über Briand, über den Fremdenverkehr und die Aussichten einer Heirat des Marquis, dessen Bananenstauden in diesem Jahre Früchte tragen würden. Seine Stimme sang ein gewähltes Französisch, doch schien mir seine Stimme etwas zu tief und zu voll; die Pariser sprechen schwebender. Sich stammte er aus dem Süden, aber er vermied peinlich die etwas saloppen Wendungen des provenzalischen Dialektes. Als ich einmal, von Esterel abbiegend, nach St. Paul hinauffuhr, sah ich Monsieur Jean vor einer alten Mühle sitzen, die halbverfallen, aber noch in Betrieb war; er rachte Pfeife und sah in die Luft; sicherlich war er hier zu Hause. Die Provenzalen, sagte ich mir, sind nicht die marseiller. Die Landschaft macht Melancholiker, also Unglückliche und Poeten. Dieser Monsieur Jean ist einer von ihnen....

Wenn Jean die Amerikanerinnen des Hotels bediente, mischte sich seinen Worten ein feiner Strahl Sarkasmus bei. Er sprach natürlich ein hervorragendes Englisch, aber obwohl er Auskünfte über banalste Dinge gab, glaubte man, er werfe ihnen Aphorismen von Wilde an den Kopf. Deutsch konnte er nicht. Warum auch - in diesem Hotel war ich seit Jahren der erste deutsche Gast.

Aber eines Tages griff mich doch ein Kollege auf, ein Mann aus Dresden, der zufällig vorbeikam und sich ein Diner servieren liess. Man setzte ihn zu mir an den Tisch, weil er ein Landsmann war. Der Landsmann reiste in Reklame für die deutsche Sprache. Er sprach etwas laut und zornig und stemmte die Ellenbogen auf die Tischkante, mit dem Fischmesser in der Luft herumfuchtelnd, als sollte er damit Briand - von dem er unaufhörlich sprach - umbringen. Als Monsieur Jean ihm das Filet servierte, sagte der Mann aus Dresden gerade: "Und Briand ist der ärgste! Alles Falle. Er will uns dupieren. Briand ist ein Schuft!"

Jean trug ruhig das Filet auf, stellte das Tablett ab, kehrte zurück, sah den Mann lächelnd an und - sagte auf deutsch: "Oh, wie Sie irren, mein Herr!" Dann ging er an den Tisch der Amerikanerinnen. Uns servierte er nicht mehr weiter. Ein Piccolo brachte das Dessert....

Abends, auf der Dorfstrasse, lief mir Jean in den Weg. Er schien betreten zu sein, wollte mir ausweichen. "Ich danke Ihnen", - damit trat ich auf ihn zu, - "das war ein guter Einfall. Der Mann hat was zum Nachdenken. Aber hören Sie mal, Monsieur Jean - Sie sprechen ja Deutsch? Mit schwäbischem Anklang, wie ich glaube?"

Jean errötete wie ein ertappter Dieb. Was war los mit ihm? Schämte er sich, Deutsch zu können? War er gar deutscher Abstammung, und fürchtete er nun für seine Stellung? Er schwieg. Plötzlich zog er mich in eine Bar, bestellte zwei Cocktails und - beichtete. Ja, er habe in Deutschland studiert - er sei sogar Deutscher; er wolle es zugeben - wengleich er Schweizer sei, bei Basel geboren, dort, wo die Grenze verfließt. Aber seit zehn Jahren habe er nicht mehr Deutsch gesprochen. "Wie lange sind Sie denn schon in diesem Berufe?" fragte ich ihn. - "Zehn Jahre", gab er zu. - "Und vorher?" - "Ich war... Redakteur", sagte er endlich. Auf einmal holte er seinen Pass hervor, das graubraune Dokument, in dem die Daten des Lebens verzeichnet sind. Jean war

Doktor der Philosophie. Jean war Redakteur gewesen, ja, Redakteur einer philosophischen Zeitschrift. Jean hatte Frau und Kind; aber die Metaphysik ernährte sie nicht. Vor zehn Jahren, als die Vermögen zerstoben, quittierte Jean den Dienst...; er "hängte die Uniform an den Nagel", wie man so leichtsin sagt, aber es war die schmucklose Uniform, welche die Garde der weltabgewandten Menschen trägt. Nun trug er den Frack, und er trug ihn gut. Die Vergangenheit war zugeschüttet. Er las nie mehr Enzyklopädisten, über die er gearbeitet hatte. Er las überhaupt nichts mehr. Er sprach nicht mehr die Sprache, in der er des Geistes teilhaftig geworden war. Er sprach nur noch die Sprache des Dienstes. "Zur Vergangenheit gibt es immer eine Brücke", schloss Jean, "das ist die Gefahr - es kostet zu viel Kraft, sie nicht zu überschreiten. Darum meide ich schon die Strasse, die nach ihr führt...."

Er schwieg. Plötzlich fing er an, französische Verse zu sprechen. Es waren, glaube ich, Gesänge des Frédéric Mistral. Ich hörte ergriffen zu. Wir tranken noch die halbe Nacht hindurch. Nie wieder habe ich Jean ein deutsches Wort sprechen hören....

Otto Zarek.

Drei im Abteil.^x

Von Georges Sim.

SPD. Der Zug 133 hatte einen polnischen und vier deutsche Wagen. An einem der letzten hing ein weisses Schild "Kowno-Riga". In diesen Wagen stieg ich ein. Es war 21,20 Uhr. Der Zug fuhr um 22 Uhr. Doch die Vorhänge vor den Gangfenstern des ersten Abteils waren schon vorgezogen. Verbraachte Luft schlug mir entgegen. Eine ganze Familie schlummerte dort mit ausgestreckten Beinen auf mitgebrachten Kissen. Das zweite Abteil "Reserviert" war noch leer, aber verschlossen. Das dritte beinahe leer. In der Ecke verschwand einer hinter einer offenen Zeitung. Das Blatt zitterte bei meinem Eintritt. Ich erkannte dahinter ein Auge, ein junges Gesicht. Ich setzte mich zurecht. Auf dem Bahnhof war es kalt, im Wagen dagegen drückend heiss. Eisblumen versperren die Fenster. Der Hebel an der Heizung war nicht zu bewegen.

All dies ist unwichtig. Jedoch die oberflächlichsten Dinge sind mir in Erinnerung geblieben. Ich hielt die Pfeife zwischen den Zähnen.

Abfahrtszeichen. Türzuschlagen. Ich wollte die Fenster öffnen. Da wurde ich abgelenkt. Ein Männerkopf streckte sich durch den Türspalt. Ich war innerlich wütend. Ich hatte mich auf die Bank legen wollen. Der Mann würde sich nun gewiss auf meine Seite setzen und mir allen Platz nehmen!

So geschah's denn auch! Als der Mann eintrat, ruckte der Zug an. Der Mann brachte einen nasskalten Hauch mit, der sich sogleich mit der heissen Luft mischte. Er war gross, schwer, breit, die Züge derb, die Kleidung dunkel. Er hatte einen schwarzen Bart. Der runde schwarze Hut auf seinem Schädel war zu klein. Er legte sein Gepäck ins Netz und setzte sich mit undurchdringlicher Miene. Der Mann trug an der rechten Hand - einer masslichen, kurzfingerigen Hand - einen Siegelring. Siegelringe kann ich nicht leiden.

Der Zug rollte dahin. Die Zeitung verdeckte den anderen Reisenden. Aber als er das Blatt umwandte, bemerkte ich, dass der junge Mann unsern Dritten ansah. Der junge Mann war ungefähr zwanzig Jahre alt. Die Haare trug er lang, zurückgekämmt, gewellt. Er hatte ein bleiches, nervöses Gesicht. Ich weiss nicht, warum ich seine Schuhe ansehen musste. Ich glaubte, sie wären schwarz, zerknittert, verbeult. Ganz und garnicht! Sie waren neu.

Er musste die Zeitung schon längst durchgelesen haben. Dennoch behielt er sie vor dem Gesicht. Ich versuchte auch zu lesen. Doch die Bilder des Magazins verschwammen vor meinen Augen. Meine rechte Schulter tat vom Anlehnen weh. Ich setzte mich anders....

Nun fuhren wir schon mindestens eine Stunde. An die Hitze hatten wir uns gewöhnt. Ich zündete mir wieder meine Pfeife an. Und jetzt erst ward mir das Drama klar. Ja, in dem Abteil spielte sich ein richtiges Drama ab.

Die Zeitung in den Händen des jungen Mannes hing wehleidig zerknittert vor seinem Gesichte. Die neuen Schuhe zuckten seltsam hin und her. Ich sah ein Auge und den einen Nasenflügel. Und ich begriff: der junge Mann hatte Furcht. Der Nasenflügel bebte; das Auge versuchte, sich von dem dritten Reisenden loszumachen, doch es konnte nicht. Das Auge war braun. Goldene Lichter spielten darin. Mechanisch sah ich auf den Mann mit dem Barte. Ich verstand! Der Mann sass unbeweglich in derselben Haltung, in der er die Reise begonnen hatte. Kei Fuss war verrückt. Die Hand mit dem Siegelring lag noch immer auf dem rechten Knie. Er starrte vor sich hin und zeigte den Ausdruck vollkommener Befriedigung. Er hatte nicht den Wunsch, zu lesen, zu schlafen, hinauszuschauen. Der lächerlich runde Hut war ihm in die Stirn gerückt.

Er wird ihn verhaften.... Dieser Gedanke sprang mich ohne Ueberlegung an. Ich war überzeugt, dass der Mann mit dem Bart ein Kriminalbeamter in Zivil sei der den jungen Reisenden verhaften würde. Diese ruhige Sicherheit, diese Kraft die amtliche Zähigkeit auf der einen Seite. Auf der andern diese aufgepeitschten Nerven. Eine panische Angst. Die war so gross, dass der junge Mann das Bla zerknüllte und zur Erde warf. Er wusste sich entdeckt! Das Papier schützte ihn nicht mehr. Ich bin sicher, der junge Mann war nahe daran, loszuschreien: "Vorwärts! Verhaften Sie mich! Sie haben gesiegt. Aber machen Sie ein Ende!"

Sein Blick haftete am andern. Der rührte sich nicht. Auch ich wurde ängstlich. Ich fand dies Spiel sinnlos. Ich wollte schon heraussagen: "Verhaften Sie ihn doch, wenn es Ihre Pflicht ist! Aber quälen Sie ihn nicht länger! Verlängern Sie nicht Ihren Triumph...."

Ich schwöre: Ich hasste den Mann mit dem Barte. Ich hasse selbstbewusste Menschen, die sich nicht zu beeilen brauchen, die ihre Macht so lange wie möglich auskosten! Ich notierte Einzelheiten: zum Beispiel den Koffer des jungen Mannes, der so neu war wie die Stiefel. Der Anzug war alt, der Mantel aber neu. Was hatte er angestellt? Er hatte solche Angst. Er sagte heiser: "Gestatten Sie, dass ich das Fenster öffne?" Es kam mir vor wie der letzte Wunsch eines zum Tode Verurteilten. Auf seiner Stirn standen Schweisstropfen. Der Zug hielt. Der junge Mann wurde immer aufgeregter. Eine tiefe Falte stand auf seiner Stirn. Er sah auf die roten und weissen Lichter, auf die Schatten, die im Dunkel hantierten.

"Abfahrt!" Er dachte wohl an die nächste Station, die Grenze.

Doch der Mann war noch immer da, immer noch unbeweglich. Nur die Beine hatte er übereinander geschlagen. Der junge Mann erhob sich. Er blickte mich an, als er an mir vorbeiging, und sagte höflich: "Pardon!" Er trat auf den Gang, ohne die Abteiltür zu schliessen. Ich sah auf den Mann mit dem Barte. Der veränderte sich nicht. Er wartete. Fürchtete er nichts?

Mein Herz klopfte zum Zerspringen. Der junge Mann war noch keine Minute fort. Da stand ich auf. Ich raste den Gang entlang. Eine Tür schlug auf und an. Ja! Die Zugtür am Ende des Ganges war offen. Ich riss an der Notbremse. Mit meinem ganzen Gewichte hing ich an ihr. Ein Ruck. Halten. Verschlafene Gesichter. Deutsches, französisches, polnisches Geschrei. "Ich war's," sagte ich zum Zugführer. "Ein junger Mann ist aus dem Zuge gestürzt. Schnell! Vor noch nicht zwei Minuten...."

Die Leute liefen mit Laternen die Schienen ab. Die Kälte strömte von draussen durch den Zug. Ich suchte den Mann mit dem Barte. Ich ballte die Fäuste. Träge stand er in der Abteiltür. Das befriedigte Lächeln sass noch immer in seinen Zügen. Ich packte ihn am Rock. "Nun? Zufrieden, was?" Ich zeigte ihm das Licht, das von fern langsam herankam und einige Männer erkennen liess, die etwas Langes, Schmales schleppten. Er sah mich fremd an. Zum ersten Male sah

ich ihm gerade in die Augen. Ich erstaunte über ihre Ausdruckslosigkeit. Ich entdeckte ein Schild an seinem Gepäck, das über seinem Sitz lagerte: "Max Stumpf. - Bier, Butter, Käse."

Die Lokomotive schrillte auf. Die Männer stiegen mit ihrer Last in den Zug. Ein Blick genügte: Der hatte ausgelitten.

Wir kamen mit etwas Verspätung an der Grenzstation an. Der Mann mit dem Barte stieg aus. Als ich allein war, wagte ich es, das Zeitungsblatt unter dem Platze des jungen Mannes hervorzuziehen. Als erstes las ich: "Herr Leon, Direktor der grössten hiesigen Bank, hat einen seit Monaten heimlich geübten Betrug entdeckt. Einer seiner Angestellten, Herr Julien Massart, ist geflohen. Man ist ihm scharf auf der Spur."

Man hatte vergessen, das Gepäck des jungen Mannes aus dem Abteil zu holen. Eine verschossene Mappe, nicht neu wie der Koffer, trug das silberne Zeichen J.M.
(Berechtigte Uebersetzung von Ursel M. Jacoby.)

Einsames Eiland.^x

SPD. Dort, wo sich zwischen den Orkney- und Shetlands-Inseln die vom Winde gepeitschten Wellen des Atlantischen Ozeans in die Nordsee drängen, liegt einsam und weltabgeschlossen, von der Meeresbrandung umtost, die Fair Isle. Das ist ein kleines, noch nicht vier Kilometer langes und halb so breites Eiland, das seinen Namen nicht landschaftlicher Schönheit sondern nordischer Abkunft verdankt und daher nicht mit "Schönheits-Insel", sondern mit "Schaf-Insel" zu übersetzen ist.

In früheren Jahrhunderten haben die wenigen Bewohner dieser kleinen Insel recht oft sehen können, wie stolze Schiffe an der klippenreichen Küste ihrer Insel zerschellten, von der Wucht der Wellen gegen das Land geworfen wurden und krachend zerbarsten. Seitdem jedoch auf ihrem Nord- und Süzipfel Leuchthäuser zur Sicherung der Schifffahrt erbaut wurden, haben die Schiffsstrandungen nachgelassen, wird den Bewohnern nur noch selten Strandgut ans Land geworfen.

Einer solchen Schiffszerschellung verdankt die Fair Isle ihre Lebenskraft; ja man möchte sogar sagen: ihre Berühmtheit. Denn sie ist in jedermanns Munde in Gross-Britannien, der etwas auf ein gepflegtes, schneidiges Aussehen gibt. Ob Mann, ob Weib, jeder trachtet beim Kauf eines Jumpers danach, ein Schafinsele-Muster zu bekommen, denn "Fair Isle-Pattern" sind von allen Wollwaren in England die beliebtesten. Und wie es gekommen ist, dass diese einsame, zwischen Atlantischem Ozean und der Nordsee gelegene Insel, die von mehr Schafen als Menschen bewohnt ist, einen solchen Ruhm in der Wollverwertung erlangt hat, das ist recht eigenartig.

Als im Jahre 1588 die spanische Armada durch Sturmesnacht zerschellt worden war, da wollten einige Schiffe, die der Zerstörung entgangen waren, um den Norden Schottlands herum nach Spanien zurückkehren. Die von Juan Gomez de Medina kommandierte Galeone "Gran Griffen" kam jedoch dabei von ihrem Kurs ab und strandete an der Ostküste der Fair Isle. Der Kommandant konnte sich mit seiner zweihundert Mann starken Besatzung ans Land retten. Die Spanier fanden bei den wenigen Inselbewohnern eine freundliche Aufnahme, führten in dieser Eilandeinsamkeit inmitten der grenzenlosen Meeresweite ein behagliches Leben, sahen, wie die bärtigen Männer der Insel ihren felsigen, dürftigen Boden bestellten, und wie die Frauen um die Verwertung der Wolle ihrer Schafe bemüht waren. Da zeigten sie ihnen, wie man in ihrer spanischen Heimat schöne Wollmuster knüpfte, und die Frauen nahmen sich der Anweisungen dieser fremden Leute aus dem europäischen Süden sehr an, sodass noch heute ihre Nachkommen nach dieser spanischen Methode die Wollwaren herstellen, die in England eine grosse

Beliebtheit gewonnen haben.

Als durch diese Uebervölkerung der Insel eine Hungersnot drohte, da wurden die spanischen Marinesoldaten in Schaluppen nach den Shetlands-I. abgebracht. Aber einige von ihnen, denen es in dieser Meereseinsamkeit besser gefiel als in ihrem heissdürren Lande, blieben hier und mischten sich unter die wenigen Insulaner, sodass heute noch die Bewohner dieser Insel, deren Anzahl nur etwas über hundert hinausgeht, kastilisches Blut in ihren Adern haben.

Da die Bewohner der Schafinsel eigentlich kaum eine Abwechslung von ihrem täglichen Einerlei haben - nur, dass sie hin und wieder einem in der Ferne über das Meer dahin ziehenden Dampfer sehnsüchtig nachschauen können - so freuen sie sich, wenn einmal ein neugieriger Fremder seinen Fuss auf ihre Insel setzt. Wenn er sich dann allerdings als britischer Steuerbeamter entpuppt, dann erhält er eine so kühle Abfuhr, dass es sein eigener Wunsch ist, recht bald wieder von dannen zu kommen. Nirgends sind Steuerbeamte auf unsrer Erde mehr verhasst als auf dieser an sich so friedlichen, einsamen Insel.

Walter Scott weiss uns zu berichten, dass in seiner Zeit jedes Jahr einmal ein Pfarrer nach der Fair Isle fuhr und dann immer gleich mehrere Trauungen und Taufen zugleich vorzunehmen hatte.

So rauh und nordisch herb auch diese Insel ist, so ist die durch ihre Meereseinsamkeit doch von eigenartiger Sehenswürdigkeit. Eigentlich ist sie ja nichts weiter als ein nackter grauer Fels, der bis zu über zweihundert Metern aus dem Meere emporragt, um dessen zerklüftete, teilweise eisgrau ausgewaschene Küste unaufhörlich die Wellen schlagen. Hier und dort hat das Meer kleine Buchten in seinen Rumpf genagt, aus denen hin und wieder Felsbrocken und Spitzen gigantisch aus dem Wasser aufragen, um deren Klippen die Wogen der Nordsee und des Atlantischen Ozeans schaubekämmt brausen. Zwei in weissem Anstrich glänzende Leuchthäuser halten auf vorgeschobenem Posten Wacht, senden Nacht für Nacht ihren starken Lichtstrahl auf die ungewisse Wasserfläche des Meeres hinaus. Sie bilden Luxusgebäude gegen die ärmlichen Steinkaten der Bewohner, die male-ri-sch verstreut auf der Insel liegen. Mit schlicht zusammengefügtten Feldsteinmauern hat man die Besitzungen kenntlich gemacht. Die ganze baumlose Insel ist eigentlich nichts weiter als eine spärliche Schafweide, in der die niederen, fensterarmen Häuser der Bewohner so fremd und kühl liegen, dass man annehmen könnte, die Schafe seien die ureigensten Bewohner dieser Insel.

Ihren höchsten und landschaftlich schönsten Punkt hat die Schaf-Insel in dem schroff und steil aus dem Meere emporragenden Schaf-Felsen, einer wuchtigen Felsmasse, die sich majestätisch auf das Meer hinaus schiebt und einen bezaubernden Blick auf das tief liegende, immer von einer leichten Dünung bewegte Meer gewährt, das in seine zerklüftete Felswand spukhafte, klippenumsäumte Höhlen gewaschen hat.

Aber was ist auf dieser verlassen liegenden Insel alle Schönheit von Felsenklippen und nordischer Landschaftsprimitivität gegen die grosse Einsamkeit, die jeder Blick auf das weite, unendliche Meer, jede zwecklose Ausschau nach fernen Zonen offenbart! Was ist wiederum die Rauheit der Klippenküste auf einem so kleinen Eiland gegen den sich auf das Gemüt legenden Frieden ländlichen, man möchte fast sagen: leblosen Lebens! Auf dieser einsamen Felseninsel zieht auch den neugierigen Fremdling Weltenferne mehr in den Bann als landschaftliche Schönheit und Eigenart.

Es gibt Stätten auf unsrer Erde, wo die Schönheit der Landschaftsreize nicht ankommt gegen ihre Einsamkeit und Weltenferne; Stätten, wo Einsamkeit grösser und stärker ist als Schönheit. Eine solche Stätte ist die Schaf-Insel, die ringsherum nichts kennt als Wasser, Wellen, Wogen.

Hermann Ulbrich-Hannibal.

Der vielseitige Blitz.*

SPD. Vor kurzem wurde in der populärwissenschaftlichen Zeitschrift "Das Weltall" die seltene Aufnahme eines achtfachen Blitzes wiedergegeben, die Herrn Dr. Martin Zimmermann in Charlottenburg gelungen war. Bei dem heftigen Gewitter, das am 7. Juli dieses Jahres in Berlin niederging, traf gegen Abend ein Blitz die Turmspitze der Epiphanien-Kirche in Charlottenburg. Dieser Augenblick wurde durch einen glücklichen Zufall festgehalten. Die Belichtung der Photographie begann ungefähr 10 Minuten vor dem Einschlag des Blitzes und wurde sofort nach erfolgtem Einschlag beendet. Im Gebäudekomplex der Kirche wurden durch den Blitz über ein Dutzend Lichtleitungssicherungen zerstört. In den in der Nähe liegenden Häusern wurde dabei ebenfalls ein Erlöschen des elektrischen Lichtes beobachtet.

Aber im Laufe der Zeit sind vom Blitz noch ganz andere Wirkungen hervorgerufen worden als nur das Zerstören von Sicherungen. Einmal wurden einer Bäuerin, die in einem Gebüsch vor dem Unwetter Schutz gesucht hatte, vom Blitz sämtliche Kleider vom Leibe gerissen, sodass sie nackt und besinnungslos liegen blieb. Im Juli 1896 wurde ein Mäher bei Châlon sur Saône in dem Augenblicke vom Blitz getötet, als er sich eine Zigarette anzündete. Doch nicht nur entkleiden kann der Blitz die Menschen; er kann sie auch rasieren. Dieser Fall ereignete sich im Juni 1886 in einem Orte des Isère-Gebietes. Eine junge Dame ging während eines Gewitters unter dem Schutze eines Regenschirmes von dem Dorfe Dumesnil nach Fresnau. Plötzlich schlug ein Blitz neben ihr ein, ohne dass sie irgendwelche Erschütterungen verspürte. Zu Hause aber bemerkte sie zu ihrem Entsetzen, dass sie keine Haare mehr auf dem Kopfe hatte; sie waren ihr wie mit einer Maschine glatt abrasiert worden. Das gleiche Schicksal hatte auch schon einmal ein junger Schiffsleutnant während der Fahrt von Lorient nach Brest am 12. Februar 1812 erlebt. Ein andermal fuhr der Blitz durch den Schornstein in ein Bauernhaus, riss den Schlüssel aus der Türe und warf einen Kochtopf mit Deckel vom Herde herunter. Der Schlüssel wurde dann später unter einem Schranke wiedergefunden.

Im Sommer des Jahres 1865 betätigte sich ein Blitz sogar als Detektiv. Einem Arzte war die Geldbörse gestohlen worden, die auf der einen Seite in Stahl sein Monogramm enthielt, das zwei gekreuzte D zeigte. Der Dieb konnte trotz eifriger Nachforschungen nicht ermittelt werden. Drei Tage später wurde der Arzt zu einem vom Blitz getroffenen Manne gerufen, der leblos unter einem Baume lag. Nach der Entkleidung des Mannes fand man, dass zwei gekreuzte D auf das Fleisch des einen Schenkels wie tätowiert eingeprägt waren. In der Tasche dieses Mannes fand man das gestohlene Portemonnaie. Die Elektrizität hatte den Stahl des Monogrammschildes erhitzt, und dabei hatte das Metall seine Gravierung dem Fleische aufgedrückt. Aber nicht nur verwunden und töten kann der Blitz; er soll auch neilkräftige Wirkungen haben. Die Zeitschrift "Gazette de Santo" von 1781 veröffentlichte seinerzeit einen authentischen Bericht über die Heilung eines gänzlich Gelähmten durch den Blitz. Solche Fälle sind übrigens mehrfach registriert worden. Bei den weit zurückliegenden, alten Berichten wird allerdings eine gewisse Skepsis angebracht sein. In einer Zeit, in der man allgemein glaubte, dass der Blitz ein Werkzeug des "Fürsten der Mächte der Lüfte" sei, wird man sich bei Berichten über Blitzwirkungen nicht allzu sehr an die wissenschaftlichen Tatsachen gehalten haben.

Erich Krug.

Ein Unglückswurm.^x

SPD. "Der arme Herr Meisezahl!"
"Warum denn? Der verdient doch ganz hibsch. Der is doch garnich so arm, hee?"
"Der arme Herr Meisezahl, der arweid sich noch dod."
"Warum denn? Der is doch Beandr. Warum soll der sich denn dodarweidn?"
"Na, der is doch so gurzsichdch. Der gann doch gaum guggn."
"Gugge da! So, der is also gurzsichdch? Ach, da meinen Sie nun wohl, der schdrenge seine Auchen so bei der Schreibarweid an?"
"Nee, nich bloss, überhaud und so."
"Na, das missnse mir ärschd mal genauer erglärn. Wieso überhaud und so? Das vrschdeh ich awer nich. Da muss doch was drhindr schdeggn!"
"Da will ich's Ihnen mal ganz genau erglären. Sehnsse, wenn einer gurzsichdch is, dann siehdr ähm bloss gurz. Weid siehd der da ähm nich. Das is nu mal nich zu ändrn, nich wahr?"
"Ja, da gännsse rechd ham."
"Nu sidzd der arme Herr Meisezahl doch in einem Biro mid seinem Schäfte zusammen, nich wahr?"
"Na ja, und was weidr?"
"Der Schäfte, der sidzd awer doch nich gurz, der sidzd weid von Meisezahl."
"Jedzd gehdmr 'ne Laderne auf."
"Und weil der nu weid sidzd, und weil doch der Meisezahl nu bloss gurz siehd, da siehd der ähm seinen Schäfte nich."
"Das is doch ganz glar."
"Na sähnse! Und deshalb, da weiss doch der nie, ob ihn der Schäfte nu beobachdn dud oder nich. Nich wahr?"
"Das leuchded mir vollgommen ein."
"Sähnse! Und deshalb muss der arme Herr Meisezahl nun in eener Duhr arweidn und arweidn! Weilr doch nie wissen gann, ob der Schäfte guggd, oder ob der Schäfte nich guggd! Un deshalb arweid dich der noch dod!"
"Ja, da hamse rechd; der gann ein' awer leid dun!"

Kurt Miethke.

SPD. Das grösste Museum der Welt.^x Das englische naturwissenschaftliche Museum hat vor einigen Tagen sein hundertjähriges Bestehen gefeiert. Das Museum gilt als das grösste der Welt. Eine Besonderheit, die sich nirgends sonst finden dürfte, ist es, dass der Abteilung für Haustiere Schädel berühmter Rassepferde beigegeben wurden. Man wird doch nicht etwa aus ihren Formen auf die Sonderart des Pferdegenies schliessen wollen, so wie bei uns Gelehrte die Schädel und Gehirne berühmter Männer auf ihre Sonderart hin untersuchen? Vielleicht gelingt es gar, auf Grund solcher Studien besonders tüchtige Pferde zu züchten oder zu erkennen. Bei menschlichen Genies dürfte das denn doch schwerer fallen.

SPD. Zu viel verlangt.^x Herr Hackbrett ist nervös. Herr Hackbrett steigt aus dem D-Zug und schreit: "Gepäckträger! Gepäckträger!" Nach zwei Minuten kommt endlich der Gepäckträger. Wütend sagt Herr Hackbrett: "Können Sie denn nicht eher kommen! Jetzt rufe ich hier schon seit einer halben Stunde! Schweinerei!"
"Erlauben Se mal", sagt der Gepäckträger ruhig, "jetzt sind wa doch in Berlin, nich? Vor eener halben Stunde waren Se noch in Potsdam. Wie kann ick Sie denn da rufen hören.....?"
